

12/4

Die „Volkswocht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graubauerstr. 1/8, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.92, wo keine Post am Orte M. 3.34.

# Volkswocht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Intensionsgehalt beträgt für die einjährige Kolportage oder deren Raum 25 Pfennige. für Arbeitsmarkt, Betriebs- und Beräumungs-Zwecke 15 Pfennige. Auswärtige Inserate 85 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 8 Uhr bei der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

## Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 87.

Breslau, Mittwoch, den 12. April 1911

22. Jahrgang.

### 70.000 gegen 3000!

Berlin, 10. April. Bei der heutigen Reichstagswahl im vierten Berliner Reichstagswahlkreis wurden 73.390 Stimmen abgegeben. Der Kassenbeamte Otto Büchner (Soj.) erhielt 69.872, Graf Oppersdorf (Zentr.) 1827 Stimmen; 694 Stimmen waren ungültig, die übrigen 2.691. Büchner ist somit gewählt.

Wahlkreis unseres unvergeßlichen Paul Singer ist wieder besetzt. Ohne aufregenden Wahllampf; des Ausganges gewiß, hatten Freisinnige und Konservative von vornherein darauf verzichtet, in Wettbewerb zu treten, obwohl sie im Jahre 1907 doch noch 15.749 liberale und 6601 reaktionäre Stimmen den 82.039 Sozialdemokraten entgegenstellten. Diesmal kamen nur die Kerisfalen mit einer Zählkandidatur heraus. Unter einem Grafen konnten sie es natürlich nicht tun, und so wurde für die „katholische Volkspartei“ der schlesische Graf Oppersdorf nominiert. Die Stimmen der Polen, die anfangs die Absicht hatten, den Posener Nowicki als nationalistischen Kandidaten aufzustellen, scheinen sich unter den ungültigen und zerplitterten zu verkrümeln. Die Gesamtzahl der Wahlberechtigten ist auch in diesem Berliner Kreise zurückgegangen, und zwar um 3395. Dies und der Umstand, daß Büchners Sieg von vornherein feststand, hat manchen vom Gange zur Wahlurne zurückgehalten. Wer zum Beispiel außerhalb arbeitet oder auf Geschäftsreisen sich befindet, der kommt zwar zurück, wenn etwas auf dem Spiele steht, spart sich aber Zeit und Kosten, wenn seine Stimme nichts am Ausgang ändern kann. Daraus erklärt es sich, daß auf Büchner nur 69.872 Stimmen fielen gegen 82.089 auf Singer.

Der vierte Berliner Wahlkreis, der den Osten und Südoften der Reichshauptstadt umfaßt, gehört zu den größten Wahlkreisen des Reiches. Wo vor vierzig Jahren noch nicht viel mehr als 100.000 Berliner wohnten, da wohnen jetzt 580.000! Ginge es nach dem Gesetz, das auf je 100.000 Einwohner einen Abgeordneten vorschreibt, so hätte Berlin IV statt eines fünf oder sechs Abgeordnete zu wählen, und die würden, nach der politischen Struktur des Kreises, alle stramme Sozialdemokraten sein. Die Wahl vom 10. April führt somit der arbeitenden Großstadtbevölkerung aufs neue die Entrechtung drastisch vor Augen, die sie durch die Nichtausführung des Gesetzes über die Wahlkreiseinteilung erfährt, und vielleicht wird sie auch den Erfolg haben, eine längst notwendige Bewegung gegen die alte, verrottete Wahlkreiseinteilung in Gang zu bringen. Es ist durchaus nicht einzusehen, warum es sich der Großstädter gefallen lassen muß, ein zehn- und zwanzigmal schwächeres Wahlrecht zu haben, als irgend ein Landbewohner in einer weitentlegenen, spärlich bewohnten Gegend.

Allerdings nähert der Kreis sich jetzt der oberen Grenze seiner Aufnahmefähigkeit. An seiner Peripherie ist er durch zwei andere Kieswahlkreise, Niederbarnim und Lektow, begrenzt, die sich noch einen teilweise ländlichen Charakter bewahrt hatten, während der Vierte durch und durch städtisch ist. Auch hier beginnt sich schon die Erscheinung bemerkbar zu machen, daß sich an den Hauptstraßen eine Art City bildet, daß der Mietbedarf der Geschäfte die Wohnungsmieter in die oberen Stadwerke, in die Nebengassen und schließlich noch weiter hinausdrängt. Gerade in den letzten Jahren sind weite Straßenzüge des Ostens in ihren unteren Stockwerken mit Geschäftsräumen besetzt worden. Laufende von Proletariern sind aus ihren Parterrewohnungen ausgezogen und viele von ihnen haben sich außerhalb des Kreises, im Lektower Gebiet, niedergelassen. In den Zählungsergebnissen einzelner Wahlbezirke dürfte sich diese neue Bevölkerungsbewegung diesmal schon bemerkbar gemacht haben.

Wie sicher die sozialistischen Burgen in den Brennpunkten des deutschen Industrie- und Geisteslebens stehen, das hat auch die gestrige Wahl hinlänglich bewiesen.

**Die Lehrer als konservative Agitatoren.** Die orthodoxen Junker sehen jetzt daran, die Lehrer als Agitatoren auszubilden. In Königsberg soll demnächst ein Rednerkurs speziell für Lehrer abgehalten werden. Die Zeit ist so gewählt, daß die Kurssteilnehmer die späteren Nachmittags- und Nachtschulen benutzen können, da der Minister verfügt hat, daß den Lehrern zur Teilnahme an politischen Ausbildungskursen kein Urlaub zu bewilligen ist.

Den Teilnehmern werden Geldbeträge gezahlt. Wie weit die Ausnutzung der Lehrer für die konservative Partei schon jetzt gegangen sein muß, geht daraus hervor, daß die Regierung zu Gumbinnen eine Verfügung erlassen hat, nach der den Lehrern, die an politischen (konservativ natürlich) Versammlungen teilnehmen wollen, der Urlaub dazu zu verweigern ist, um nicht den Unterricht ausfallen zu lassen.

### Das Gericht der Wähler.

Saganau, 11. April. Bei der gestrigen Stadtverordneten-Wahl siegten die sechs sozialdemokratischen Kandidaten mit 592 gegen 412 bürgerliche Stimmen.

Mit kräftiger Hand pflanzten die Saganauer Genossen abermals das rote Banner auf die Zinnen ihres Rathauses. Sie hatten zwar den Sieg schon bei der Hauptwahl an ihre Fahnen gefesselt, aber am Tage nach der Wahl entdeckten unsere Gegner plötzlich, daß die Wählerlisten nicht in Ordnung, die Wahllokale viel zu klein waren und was sonst an Protestgründen aufzustuden ist, wenn Sozialdemokraten gestimmt haben. Die Stadtverordnetenversammlung erklärte, genau wie die Liegnitzer, die am 22. November 1909 vollzogenen Wahlen für ungültig, und der Bezirksausschuß trat nach einjähriger Frist diesem Urteil bei. Die Genossen verzichteten auf den weiteren Rechtsweg und verließen sich auf ihre eigene Kraft bei der neuen Wahl. Gestern endlich konnten die Wähler zu Gericht sitzen über die Verwaltungsgerichtshöfe. Und der Erfolg? Die Gegner brachten 50 Stimmen mehr auf als 1909, wir aber 200 mehr. Hatten wir damals mit 30 bis 50 Stimmen Mehrheit gestimmt, so jetzt mit 180 Stimmen! Dabei war der letzte Post- und Bahnbeamte, städtische Beamte, Rentier usw. herangeholt worden. Der katholische Volksverein trat geschlossen in Aktion. An der Spitze der Erzpriester, erschienen seine Mannen zur Wahl. Es nützte alles nichts. Unsere Genossen aus allen Betrieben waren auf dem Posten und zeigten den Herrschaften, wie Arbeiter über die Mandatskaffierung denken. Trotz ungünstigen Wahltermins, trotz ungünstigen Wahllokalen erfüllten sie ihre Pflicht. Jetzt geht es zu den Hauptwahlen im Herbst. Vielleicht tun auch die Liegnitzer Genossen jetzt am besten, wenn sie den Wahlgang bald aufs neue wagen.

### Ein Opfer der Kölner Richtung.

Der Brand im Zentrumslager, der im Anschluß an die bekannte Osterdienstagkonferenz zeitweilig lichterloh flammte, schloß sich, trotz der krampfhaften Lösversuche der Zentrumsobersonnen unter der Oberfläche lustig weiter. Durch die jüngst erfolgte Ausweisung des Herausgebers der Apologetischen Rundschau und Letzters der Zentralauskunftsstelle für die katholische Presse, Doktor Kaufmann, aus der Erzdiözese Köln scheint nun aber dem Feuer neuer Nährstoff zugeführt worden zu sein, und es ist wahrscheinlich, daß die Freunde Kaufmanns ihren Gegnern von der Kölner Richtung noch böse zu schaffen machen werden. Wenigstens deutet das die Zuschrift eines Zentrumsmannes an die „Frankfurter Zeitung“ an, in der Kaufmann als das Opfer nichtswürdiger Intrigen der Leute um Wachen hingestellt und mit schonungsloser Rache gedroht wird. Bekanntlich wurde Dr. Kaufmann Knall und Fall von seinem geistlichen Oberhirten, dem Kardinal Fischer-Köln, aus dem Bereich der Kölner Erzdiözese ausgewiesen. Zu dieser Maßregel konnte der Kölner Kirchenfürst schreiten, weil Kaufmann, obwohl als Sohn eines strammen Zentrumsmannes in einem Orte der Diözese Köln geboren, später, nachdem er die Priesterwürde erlangt hatte, einer italienischen Diözese zugeteilt worden war. Die Ausweisung erfolgte, weil Kaufmann, wie es in der offiziellen Begründung im kirchlichen Anzeiger für die Erzdiözese Köln heißt, sofort nach der Rückkehr von seiner kürzlichen Komreise „schriftliche Mitteilungen verbreitete, welche zur Verwirrung der Katholiken in diesen Landesstellen und zur Verletzung und Schwächung der erzbischöflichen Autorität geeignet waren“. Diese schriftlichen Mitteilungen bestanden in einer offenen Postkarte, die Kaufmann an einen befreundeten Geistlichen geschickt hatte und deren Inhalt durch Vertrauensbruch in einem schlesischen Zentrumsmagazin veröffentlicht wurde, und einem Artikel der Apologetischen Rundschau. Beide Male hatte der Verfasser gegenüber von Köln ausgehenden Gerüchten betont, die Osterdienstagkonferenz sei in Rom nicht unterlegen, das gerade Gegenteil sei richtig. Auf der Postkarte hatte er außerdem auch noch den Kardinal Fischer indirekt einer Pflichtvernachlässigung beschuldigt, indem er behauptete, Fischer habe von der Tagung der Osterdienstagkonferenz in Rom kein Sterbenswörtchen gesagt. Ueber diese Indiskretionen schäumte die Presse der Kölner Richtung begreiflicherweise vor Wut, und sie setzte es denn auch durch, daß der unbezogene Gegner von der Stätte seines bisherigen Wirkens vertrieben wurde. Unter welchen Umständen das geschah, darüber schreibt der Gewährsmann der „Frankfurter Zeitung“:

Dr. Kaufmann hat um die Gründe einer so drakonischen Maßregel. Keine Antwort. Dann hat er, man möge ihm Zeit lassen, seine Angelegenheiten zu ordnen; er sei durch Verträge und geschäftliche Verbindungen nach für einige Zeit an Köln gebunden, da er eines so großen Betriebes, wie ihn die Zentralauskunftsstelle der katholischen Presse mit sich bringe, nicht bis zum 1. April, dem Termin der Ausweisung, auflösen oder verlegen könne. Die Bitte wurde ab-

gelehnt. Er hat dann, die formelle Ausweisung zurückzunehmen, gegen das Versprechen, am 1. April Köln zu verlassen; durch den tatsächlichen Weggang von Köln sei ja der Zweck der Ausweisung ohnehin erreicht. Auch das wurde verweigert. Dr. Kaufmann erklärte, er stehe ganz auf dem Boden der Verlautbarungen des Kardinals, er habe immer auf diesem Boden gestanden und die Pressestimmen der Kölner Richtung, er habe sich durch seine Postkarte in Widerspruch gesetzt mit den Erklärungen Fischers über die christlichen Gewerkschaften, seien falsche Behauptungen. Keine Antwort. Er bat um Einleitung einer kanonisch-gerichtlichen Verfahrens gegen sich selbst, damit ihm Gelegenheit geboten würde, sich vor einem ordentlichen kirchlichen Gericht zu vertheidigen. Die Antwort war wiederum eine Ablehnung. Schließlich bat er, die Ausweisung wenigstens geheim zu halten, und diese wurde, wie verlautet, auch zugelegt, durch den Generalvikar der Erzdiözese Köln. Trotzdem veröffentlicht der Kardinal unter seinem Namen die Ausweisung im kirchlichen Anzeiger, allerdings ohne den Namen des Ausgewiesenen zu nennen.

Es scheint, daß Kaufmann selbst durch dieses Vorgehen seiner Gegner zu Boden geschmettert ist, denn er wendet sich in einer öffentlichen Erklärung an seine Gegner mit der Bitte, ihn in seiner Wehrlosigkeit schonen zu wollen und ihm die Möglichkeit zu lassen, seine zerkümmerte Gesundheit zu stärken. Anders seine Freunde. Der schon erwähnte Gewährsmann der „Frankfurter Zeitung“ versichert, daß angesichts einer solchen Handlungsweise nichts anderes übrig bleibe, als die Flucht in die Öffentlichkeit.

Die Freunde Dr. Kaufmanns, so heißt es in der Zuschrift weiter, haben ihm geraten, die hier geschilderten Verhältnisse der apokalyptischen Presse zu übergeben, da sich ja ein katholisches Blatt zu ihrer Veröffentlichung gewiß nicht berechtigt finden würde. Er hat dies entschieden abgelehnt, er hat auch die Fragen, die wir ihm stellten, nicht beantwortet wollen — und es gibt noch manche Punkte, deren Aufklärung in seinem eigenen Interesse läge. Aber wir konnten nicht schweigen. Wir haben uns, obgleich überzeugt katholische Zentrumsmänner, zu dem schwereren Gang in die Öffentlichkeit entschlossen, und zwar — das sei hier betont — ohne Vorwissen und gegen den Willen Dr. Kaufmanns. Man macht sich außerhalb des Zentrums kaum einen Begriff, mit welcher Bestigkeit der Kampf zwischen der Kölner Richtung und der Osterdienstagkonferenz geführt wird. Nur ein kleiner Teil davon dringt in die Öffentlichkeit. Was den Streit so verbittert, ist die persönliche Kampfesweise der Kölner Richtung, welche die Presse terrorisiert und deshalb die Macht in ihren Händen hat. Es ist vorzuziehen, daß auch jetzt wieder gegen Dr. Kaufmann die persönlichen Invektiven erscheinen werden. Er hat Köln verlassen: seine Gesundheit ist durch die andauernde Sehe derüthet, er hat seine Loyalität bei der Zentralauskunftsstelle in andere Hände übertragen und wüthet nichts anderes als endlich Ruhe. Aber wenn er sich selber nicht wehrt, dann werden wir für ihn eintreten!

Der Krakeel unter den frommen Zentrumsbrüdern und katholischen Kirchenheiligen kann also noch recht heitere Blüten zeitigen. Und die Sippschaft, die so gegeneinander intrigiert, die den Einzelnen wie ein Wild hegt und verfolgt, die spielt den Entrüsteten über Meinungsverschiedenheiten in der sozialdemokratischen Partei.

### Politische Uebersicht.

#### Ueber den Arbeitsplan des Reichstags

ergeht sich eine parlamentarische Korrespondenz in folgenden Kombinationen: Zwischen der Regierung und den Reichstagsfraktionen sollen nach Dürers Vorgesprächen darüber stattfinden, wie die Reichsverfassungsordnung in verhältnismäßig kurzer Zeit erledigt werden könne. Soweit bis jetzt bekannt, hätten einzelne Fraktionen gegen eine zu schnelle Durchpfeifung dieses Gesetzeswurfes und eine Enbloe-Annahme des Entwurfes verschiedene Bedenken, es solle jedoch vorgeschlagen werden, die gesamte Materie in Abschnitte einzuteilen, die sich entweder mit den einzelnen Büchern des Entwurfes decken oder nach anderen Gesichtspunkten abgegrenzt werden. So solle die Fragefrage als besonderer Abschnitt behandelt werden. Auf diese Weise würden zehn bis zwölf Abschnitte entstehen, bei denen eine allgemeine Besprechung zulässig sei. Ueber die einzelnen Abschnitte solle alsdann nach einem aufgestellten Arbeitsplan en bloc abgestimmt werden. Selbst in sehr optimistischen Kreisen nehme man an, daß die Reichsverfassungsordnung, wenn dieser Plan sich durchführen lasse, mindestens die gesamte Zeit bis Pfingsten in Anspruch nehmen werde. Es erscheine danach ausgeschlossen, daß im Mai die übrigen Entwürfe, die nach dem Arbeitsplan des Seniorenkongresses noch erledigt werden sollen, nämlich das Schiffahrtsabgabengesetz, die efaß-lothringische Verfassungsvorlage und der deutsch-schwedische Handelsvertrag noch zur Beratung gestellt werden können. Das Privatbeamtenversicherungsgesetz werde im Bundesrat so gefördert, daß es dem Reichstage spätestens Anfang Mai zugehen könne. — Der deutsch-schwedische Handelsvertrag, über dessen Hauptpunkte eine Einigung kürzlich stattgefunden habe, wird dem Reichstage voraussichtlich Mitte Mai zugehen. — Das Staatsangehörigkeitsgesetz werde dem Reichstage in dieser Session nicht mehr zugehen.

#### Der unbehagliche Generalmajor.

Ebenso wie der Dr. Heim hat das Zentrum den Generalmajor a. D. Gaesler unsanft vor dem Bauch getreten, indem es diesen militärischen Sachverständigen aus den Kommissionen hinausqualierte. Das ist nicht weiter ver-

wunderlich, wenn man sich erinnert, daß Haessler ein für die Regierung manchmal recht unangenehmer Kritiker war. Am 16. März 1909 hielt er zum Militärstat eine Rede, wie das Zentrum sie heute von einem seiner Fraktionsmitglieder nicht mehr gehalten wünscht. Er sagte damals:

Die Soldaten aber, in der unsere militärische Ausbildung noch steht, das ist die Ueberziehung des Drills für die Erziehung zur Disziplin... Wer aber glaubt, diese Disziplin durch Gewehrgriffe und Parade-marsch fördern zu können, der ist der erste Gaudy-wahrer Disziplin schon im Grischen... Es gibt ja sogar Acker in der aktiven Armee, die behaupten, man könne die deutsche Armee getrost dem Feinde entgegenführen, ohne daß sie den Griff des Präsentierens überhaupt erlernt habe. — Nachdem der Mensch nur mit einer Garnitur seine ausgestattet ist, ist auch nicht a priori einzusehen, warum man beim Militär zweierlei Arten des Marschierens kennt... Man muß sich aber doch darauf aufmerksam machen, daß wir in der deutschen Armee nicht nur eine zweifache, sondern sogar eine dreifache Art des Marschierens haben, nämlich als dritte Gattung den sogenannten Stabsmarsch oder Parade-marsch, der uns zum Geißel anderer Nationen macht, der durch das Aufstellen des Fußes auf das Straßpflaster zahlreiche Gelenkverletzungen herbeiführt, und der, was das Beste ist, den Bestimmungen des Reglements von 1906 direkt widerspricht, welches auch für Parade- und Ehrenbezeugungen nur den Exerziermarsch kennt, von dem es verlangt, daß die Fußspitze sich nahe am Boden bewegt und der Fuß nicht auf die Erde gesetzt wird. Und wer hat hier in Berlin nicht schon das Schauspiel gesehen, wie ein von einem Stabsoffizier geführter Abordnungstrupp auf das Kommando: „Achtung, Augen rechts!“ in den Stabsmarsch vertritt, die seine möglichst hoch in die Luft wirft und nun unter Aufsicht der Soldaten auf das Straßpflaster mit Selbstbeschränkung dieses bearbeitet! Jetzt müssen Hunderttausende von Staatsbürgern mehr von einer an sich unersetzlichen Zeit ihrer besten Lebensjahre in der notwendig wäre, — und dabei wird die Entwertung und Degeneration der Kräfte nicht aufgehoben, und Volkswirtschaft und Staatsfinanzen haben die Kosten dafür zu tragen...

Leute, die eine solche Sprache führen, kann das Zentrum, das heute aus politischen Rücksichten Patriotismus und Hygienismus mimt, natürlich nicht mehr als seine Sprecher im Parlament brauchen.

### Das Stichwahlprogramm des Herrn Bachnide.

In der „Vossischen Zeitung“, die zum Verlauf steht und demnach wahrscheinlich in den Besitz einer rechtsnational-liberalen Gruppe übergeben wird, teilt der liberale Abgeordnete Dr. Bachnide die Konservativen um Stichwahlhilfe an. Steht der Liberale in der Stichwahl mit der Rechten, so darf er, meint Bachnide, auf die sozialdemokratische Unterstützung zählen. „Wie aber, wenn der Liberale mit dem Sozialdemokraten in Stichwahl kommt und nun auf die Stimmen von rechts angewiesen ist?“ Um den Beweis zu liefern, daß er und seine Gefinnungs-freunde das Vertrauen der sozialistischen Junken verdienen, beteuert er, daß er durchaus verstehe, wie die Konservativen zu ihrer Drohung gekommen sind, einem Liberalen in der Stichwahl keine Stimme zu geben. Diese Erhebung konservativen Schutzes kleidet er in scharfe Angriffe gegen liberale Abgeordnete, die gewagt haben, dem Liberalismus eine Kompfstellung gegen rechts zu empfehlen. Er schreibt:

Diese Erbitterung ist psychologisch begreiflich, nachdem sich seit fast zwei Jahren der Kampf fast ausschließlich gegen rechts gerichtet hat, und nachdem Persönlichkeiten, die freilich mehr Aktiven als Politiker sind, Stichwahlparolen zur Länge und ohne jede Spezifizierung ausgegeben haben. So sehr sich indes die Konservativen hierdurch zum Gegenstand gereizt fühlen mögen, so wenig dürften die Rechten unter ihnen vergessen, daß Wähler keine Maschinen sind, und daß ihre Partei, wenn sie solche Parolen für alle Zeit das Recht erworben hätte, sich als eine Veräppelung der Sozialdemokratie hinzustellen.

Das „Berliner Tageblatt“ schüttelt Herrn Bachnide energisch ab, der offizielle Liberalismus wird die Herzens-offenbarung Bachnides gleichfalls nicht übersehen dürfen. Ueber die Sitzungsanfrage des Liberalismus zu sozialdemokratisch-konservativen Stichwahlen ergeht sich Dr. Bachnide in rüffelhaften Reden. Stichwahlhilfe, meint er dabei, ist eine Zweckmäßigkeitsfrage, was nicht ausschließt, daß sie

auch eine Anstandsfrage bleibt. Herr Dr. Bachnide ist im Wahlkreis Barchim-Subwigslust gewählt, von 1901 abgebenen Stimmen erhielt der Konservative 7488, Bachnide 6181, der Sozialdemokrat 5761 Stimmen. In der Stichwahl erhielt Bachnide 10.815 Stimmen, auf den Konservativen entfielen 8602 Stimmen. Mit den Stimmen der Sozialdemokratie zog Bachnide in den Reichstag ein. Nach den von ihm aufgestellten Richtlinien dürfte Dr. Bachnide weder aus Zweckmäßigkeits- noch aus Anstandsgründen kaum wieder in den Reichstag einziehen.

Der national-liberale Abgeordnete Horn veröffentlicht in der „National-liberalen Korrespondenz“ eine Erklärung zu seiner Unterhaltung über die Durchpeitschung der Versicherungsordnung. Was er zu erklären hat, ist im allgemeinen eine Bestätigung dessen, was im „Vorwärts“ darüber gesagt war, nur sucht er möglichst abzuschwächen, was er über die Verschleimung der Beratung gesagt hat. Zur Beratung der Versicherungsordnung selbst schreibt er:

Es können im Vorum nur die großen hauptsächlich zentralen Fragen in breiter Diskussion behandelt werden. Daß man dabei abschnitt- oder artikelweise vorgeht, ist nach Ansicht vieler älterer Parlamentarier, mit denen ich darüber gesprochen habe, nicht nur praktisch, sondern auch geschäfts-ordnungsmäßig durchaus zulässig. Daß man sich dabei einen gewissen Geschäftsplan macht, über den selbstverständlich doch mit Vertretern sämtlicher Parteien zu verhandeln wäre, bedarf wohl kaum einer besonderen Begründung; zumal nach dem allgemein bekannten Beschluß des Senorenkonvents, daß die Reichsversicherungsordnung in der Zeit von Ostern bis Pfingsten erledigt werden soll. Es kann also weder von der Absicht eines Bruches der Geschäftsordnung, noch von einer Durchpeitschung der Vorlage die Rede sein. Auch meine Aeußerung, daß eventl. nach zwei Serien von Rednern nicht nach zwei Rednern, wie der Einleiter des Artikels fälschlich behauptet, die Diskussion geschlossen werden müsse, kann nicht als solche Absicht gedeutet werden; zumal da der betreffende Herr vergessen hat, einen Zusatz: „wenn Diskussion versucht werden sollte“, mit zu veröffentlichen.

Nach Ostern muß es sich ja bald zeigen, was die Mehrheit des Reichstages plant.

Ein Reizenstüber für den Kanzler. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat erklärt, daß der Kanzler trotz des Widerstandes der Konservativen, an dem Entwurf der elsass-lothringischen Verfassungsfrage festhalten werde und zugleich auf die parteipolitische Beschleimung der Parteien rechne. Die „Deutsche Tageszeitung“ ist über den Ton, der da angeschlagen wurde, höchst entrüstet, sie betont, daß Widerstand keineswegs nur auf konservativer Seite zu finden ist und fährt dann fort:

Im übrigen hätte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vielleicht besser getan, wenn sie den Ausdruck vermieden hätte, der Reichskanzler werde mit aller Entschiedenheit an dem Entwurf festhalten. Man wird durch diese Aeußerung nur daran erinnert, daß die Verbündeten Regierungen nachträglich bei der Beratung des Entwurfes Zugeständnisse gemacht haben, die zuerst als nicht möglich bezeichnet wurden. Es ist sonach nicht recht klar, an welchem Entwurf mit aller Entschiedenheit festgehalten werden soll. Gerade dieser Umstand, daß die Verbündeten Regierungen eine bedenkliche und an sich schwer verständliche Nachgiebigkeit gezeigt haben, mußte den Widerstand der konservativen und irramen nationalen Kreise stärken. Die Erinnerung an diese Nachgiebigkeit ist einigermaßen peinlich; deshalb hätte sie von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ wohl vermieden werden können.

Eigentlich hätte jetzt nur noch gefehlt, daß Herr Dr. Hertel dem Kanzler vorgehalten hätte, daß er bei der Finanzreform ebenfalls gezeigt hätte, daß er, wenn es sein muß, „auch anders konnte“.

Eine Erklärung des Fürsten Bälou. Zu der Mitteilung, Fürst Bälou hätte ursprünglich die Absicht gehabt, dem Reichstag als erste Aufgabe die fertig ausgearbeitete Reichsfinanzreform zu übergeben, sich aber überreden lassen, dieselbe zu verabschieden, hat Fürst Bälou einer Korrespondenz auf die Anfrage, ob er zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen gedenke, folgendes erwidert: Rom, 2. April. Persönlichen Dank! Ich möchte auch jetzt nicht aus der Zurückhaltung

heraustreten, die ich mir seit meinem Rücktritt auferlegt habe Fürst Bälou.

Bälou erklärt, daß er nichts erklären werde. Er rechnet offenbar noch immer damit, daß man ihn bereinst im Triumph wieder auf den Kanzlerstuhl holt.

Die schwächsten Vorkämpfer. Die Konservativen haben für Kreuzburg-Pörsberg an Stelle des Fürsten von Dohentlohe-Dehringen, der den Wahlkreis seit 1883 im Reichstage vertreten hat, einen anderen Kandidaten aufgestellt.

Der Annahme, daß der langjährige Vertreter dieses ober-schlesischen Wahlkreises überhaupt aus dem parlamentarischen Leben ausscheiden werde, wird jedoch mit dem Bemerkten begegnet, daß er „nur“ für diesen Wahlkreis die Wiederannahme einer Kandidatur abgelehnt habe. Die Möglichkeit ist also nicht ausgeschlossen, daß Fürst zu Dohentlohe-Dehringen dem Reichstag auch in Zukunft erhalten bleibt, obgleich er seit 1899, in 18 Jahren, nicht ein einziges Mal das Wort ergriffen hat. Der fürstliche Volksvertreter ist nicht das einzige Mitglied des Reichstages, das dort hartnäckig schweigt. Neben ihm gehören, wie die „Vossische Zeitung“ feststellt, gegenwärtig dem Reichstag noch fünf Abgeordnete an, die seit 1898 ununterbrochen im Parlament sitzen und dort ununterbrochen bis auf den heutigen Tag geschwiegen haben. Es sind dies der drei Konservativen Abg. Antarat Menz für Gumbinnen-Insterburg, Oberamtmann Kother für Othla-Nimpfisch und Gutsbesitzer Will für Stolp-Lauenburg, ferner der freikonservativen Rittergutsbesitzer Bauermeister für Witterfeld-Weigisch und der Zentrumsabgeordnete Landwirt Dubrich für Falkenberg-Großtau. Die meisten von ihnen hoffen, auch im nächsten Reichstag in ihrer bisherigen „bedauerlichen“ Art als Vertreter des deutschen Volkes wirken zu können.

Drei von diesen rührigen Volksvertretern sind Schlesier, sie wissen auschelnend, daß sich hier die Wähler noch am meisten bieten lassen. Natürlich sind es nur die Liberalen und die konservativen Parteien, die sich solche Vertreter in den Reichstag ziehen.

Amtsmüde. Der Unterstaatssekretär für Elsaß-Lothringen, Mandat, ist amtsüde und soll durch den Kommissar beim Bundesrat, Geheimrat Sieveling, ersetzt werden. Die Amtsmüdigkeit des Herrn Mandat steht natürlich im engsten Zusammenhang mit den Angriffen, die von den Liberalen im elsass-lothringischen Landesausschuß gegen ihn erfolgt sind. Der Hauptvorwurf gipfelte bekanntlich darin, daß mit der von Mandat verfaßten Wahlkreiserteilung Liberalen und Sozialdemokraten begünstigt werden sollen.

Wassermann-Konkurrenz. Nach einer Meldung aus Trier hat die Zentrumspartei beschlossen, dem Kandidaten Wassermann in Saarbrücken einen Arbeiterkandidaten der Kölner Richtung entgegenzustellen.

Bei der Hauptwahl 1907 wurden im Kreise Saarbrücken 20 834 national-liberale, 19 188 Zentrums- und 2022 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. In der Stichwahl entfielen 22 668 Stimmen auf den national-liberalen und 21 220 Stimmen auf den Zentrumskandidaten.

National-liberale und Fortschrittler. Unter Bezugnahme auf die Einigung der National-liberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei in der Provinz Hannover gab der Vorsitzende des Fortschrittlichen Volksvereins die Erklärung ab, daß an eine Zurückziehung der Kandidatur Hoensbroeck nicht zu denken sei.

Grober Unfug. Bei einer Ansammlung auf der Straße hat sich ein „Untertan“ soweit vergessen, zu lachen, weil es einem eifrigen Schutzmänn nicht gelang, eine beabsichtigte Verhaftung mit Erfolg zum Abschluß zu bringen. Der verbrechertisch lachende Untertan erhielt für seinen Frevel gegen die gemeinliche Autorität eines hochwohlwollenden preußischen Schutzmannes ein Strafmandat. Und das Kammergericht frönte das Werk, indem es das Strafmandat für rechts gültig erklärte, „weil ein Lachen, besonders, wenn es sich fortplanze, die öffentliche Ordnung gefährden könne!“

Wofü gehen im Jahre des Heils 1911!

Nach ein Moabit-Prozess. Der Redakteur des Berliner „Freien Arbeiter“, Rog, wurde von der 7. Berliner Strafkammer des Landgerichts wegen Aufforderung zum Ungehorsam wegen die Gehehe, begangen in einem Artikel über die Moabitier Kramalle, zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 500 Mark Geldstrafe beantragt.

Der Mörder Herrmanns, ein Polizist, ist immer noch nicht gefunden. Den Freyvertreter aber hat man am Kragen.

### Ausland.

Der albanische Aufstand. Verschiedene Meldungen lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß die Aufständischen, unterstützt von montenegrinischen Revolutionären, und geführt

## Der Sohn.

Erzählung von den Stacholder Ehemänn  
von Gustav Jensen.

(Schluß des ersten.)

Im Alter von vierzehn Jahren bestimmte Waldemar sein- lauter seine eigene Zukunft. Er studierte er werden. Unter den Schülern des Daters hatte er die Fragmente eines Redens über die Heroen der Menschheit gefunden und beim Lesen den Eindruck gefaßt. Er sah nicht, was ihn davon hinderte, und ging mit höchstem Eifer an sein Ziel los. Das Wohlge- fühl über, zu ergründen, was er jetzt erlangen würde. Es gab ja unzählige Beispiele zu tun, daß die Welt selbst die größten Schwierigkeiten bewältigt. Da er auf einem Feldschlacht- wachte, fiel ihm Angewandtheit zuerst auf die See. Raschlich hätte er über die Welt hinaus, wobei ihm einpaar, wie he- quere es sein würde, ohne zu wissen, was er zu er- reichen, um der Mutter das Unbehagen zu holen. Nachdem er eine Weile hin und her gehandelt, beschloß er, ein Kommando zu bewahren. Freilich handelte es sich hierbei nicht um eine Erbin- dung, aber ein solches ergab die Möglichkeit, Hebräisches sollte es ein merkwürdiges Wort werden.

Waldemar ging langsam aus dem Zimmer nach Regi- lauden hin in der Bekleidung des Daters und weiter zum Kampf.

„Johann — Mutter...“ sagte er gelehrt. Er fand oben auf dem Boden und hatte auch den Schlüssel auf der Land- sache. Möglich, daß er schon Klänge zu haben, aber das war nicht. Sein Vater und der Vater haben immer noch ge- lacht, und Waldemar fand in diesem Falle auf der Seite des Daters und sagte, jeder der anderen mit dem unangenehmen, offenen Hof eines jungen Mannes. Nationalistische war es, nachdem, der die Mutter zu sehen hatte. Im darauf zu bitten aber zu verstehen, daß zu wissen, das würde mit öffent- lichen Hofe zu verstehen, das würde Waldemar im voraus. Deshalb war es ihm, das würde, daß er bis zum Einbruch der Dunkelheit warten und die Mutter holen sollte.

Er Warte zum Abend hin, um die Zeit nach dem Abend der Sonne zu verstehen, und sah, daß es noch eine Stunde bis Mittag war, er würde sich aus guten Gründen, daß die Mutter aufpassen sollte. Im letzten Falle zu be- gehen, wenn er glücklich zu sein, wurde die Zeit, wurde der Hof nach und nach.

Die Mutter sah auf einem Stuhl und hatte teilnahms- los vor sich hin. Sie hörte, wie Me Lär machte und jemand etwas sagte, rührte sich aber nicht. Waldemar konnte diese unangenehme Unbehaglichkeit und ging, nachdem er sich vorher überzeugt hatte, daß auf dem Herd kein Feuer brannte. Also kam der Vater nicht heim, und die Mutter hatte für sich und den Sohn nichts zu essen. Daran war Waldemar gewöhnt, so lange er denken konnte, weshalb es ihm auch nicht weiter be- rührte. Jetzt im Sommer gab es im Walde Beeren und Früchte, die man weichen und nur darauf warteten, gemessen zu wer- den. In hundert Jahren war ein solches gewesen. Schlimmer war es gar nicht, aber selbst dann konnte sich ein gewisser Junge tun.

Mit einigen Sägen war Waldemar über die Brücke und an Joel nachs Haus zurück. „Ungeachtet!“ sagte er diesem an, in der Hoffnung, daß die Frau oder die Frau es hören wür- den, da Joel noch war. Die Mitglieder der Familie auf der Insel, die Waldemar nicht sah, ebenfalls zu Waldemars Feinden, wie überhaupt die ganze Bevölkerung der Insel ihm feindlich ge- genüber war. Gerücht war es, keinen einzigen Fremden zu besitzen, und doch sollte es werden! Alle ohne Ausnahme betrachteten Waldemar und seinen Sohn. Aber diese allgemeine Verachtung ließ sich nicht im geringsten mit der Vergessenheit, die Waldemar kennen für die Bewohner der Insel legte.

„Ungeachtet“, sagte er laut, indem er nach Ostern ein- bog. Es hat ihm eingefallen, dass von Waldemars Jungen anzufragen. Mutter war ebenfalls wie alle andere Waldemars Feinde, aber der pflegmässige, körperliche Erfolg sah nicht ihm auf der Schand, sie gingen denselben Weg zur Erde und waren gleich alt. Daher kam es, daß sie sich ein- ander gegenüber hatten, und Waldemar schätzte Mutter, weil dieser sich nicht seines Sannes und Gefühls unterordnete. Seine hohen Füße wirkten den Stand auf dem Wege auf, und der Wald schätzte seine neue Frau. Das Gewand, dem der Kampf am Dater schätzte, war über eine Schärpe geblieben, und kein Hosen, dem Vater abgelegt, schätzten um die dän- ischen Zeit.

„Ungeachtet!“ Wieder sprach Waldemar zu Seite und hatte noch einmal. Hoffte er in die Schärpe, aber der Waldemars Feinde schätzte, die auf dem Wege lag. „Johann“ rief er mit der ganzen Entschlossenheit eines unerschütterlichen Geistes.

„Dann“ sagte er mit der Hoffnung eines Jünglings, der Waldemar und Waldemar einige Schritte nach, weiter. Eine Weile nach der anderen hatte er auf diese Weise zu- rückgekommen, aber zu verstehen, was die kommende Sonnen- zeit würde, um nur noch weiter zu verstehen.

Sobald die schmutzigen und baufälligen Häuser bei Hagen sichtbar wurden, bemerkte Waldemar die Schritte. Es fiel ihm ein, daß einige Hände voll Himbeeren ausgezeichnet schmecken würden, und er konnte die langen Reihen der Sträucher in dem verwilderten Garten. Aber gleichzeitig erinnerte er sich der zahl- reichen Brennnesseln, die seine Füße, obwohl abgehärtet, nicht ertrugen. Daher gab er die Himbeeren auf und setzte seinen Weg nach dem Wald hinter dem Gehöft fort.

An einem Abhang machte er sich über die Heidebeeren her, die aber nur seinen Hunger vermehrten, weshalb er nach einiger Ueberlegung einen Absteher in ein Rübenfeld unten nahm.

Die Rüben waren klein und hart, aber Waldemar des- zerte dessen ungeachtet etliche. Dann schenkte er von un- gefaßt am Garten des Kaufmanns vorüber, benutzte die Ge- legenheit, eine Rote aus dem Staket des Gartens zu brechen, so daß er die Hand hindurch stecken und einige gelbe Rüben anschieben konnte, die er von der Erde befreite und mit wenig- gen Wiesen verschlang.

„Hui Laufel“, sagte er leise; weder die weißen Rüben noch die Rüben waren eßbar, es baurte noch ein paar Koro- rate, bis man sie genießen konnte, aber dann wollte er auch in ihnen schmelzen. Krant und Witter würde er umherstreuen, daß es jeder sähe — das ärgerte die geizigen Bauernknecht. Kergnigt lachte er bei dem Gedanken in sich hinein. Es war ihm nicht nur daran gelegen, dem Eigentümer seiner Feinde Schaden zuzufügen, sondern es reizte ihn noch viel mehr, sie zu ärgern.

Tritte ließen sich hören, und Waldemar glitt in das Ge- höft hinein. Er kümmerte sich nicht darum, den Stacholder zu sehen, sondern trabte nach Ostern zurück. Der Umwechslung halber schlang er einen Weg quer über das Feld ein, als ein stolzes Gehen seine Aufmerksamkeit fesselte. Er hielt im Laufschritt, um zu untersuchen, woher der Ton kam, und ent- deckte in einem Steinhaufen eine zusammengeklammerte Mutter, die, zum Angriff bereit, sich emporrückte.

Sogleich beschloß Waldemar, die Mutter lebendig zu fangen und sie vor Joels Haus zu tragen. Er trieb hatte ein unüberwindliche Angst vor allen Reptilien, und gab er dem Waldemars über Lär die Freiheit, dann konnte er sich an ihrem Ergründen, ergründen und freizugehen, sich als Feld aufspielen. In diesem Punkte schätzte er mit einem Maßmesser, das er sich gelegentlich angesehen hatte, einen zweifelhaften Zweifel aus einem Weibengebäck, spaltete ihn an einem Ende, heraus ein Stacheln quer in die Mitte und schätzte nach dem Stacholder die Mutter lag unbeweglich in der Sonne da.

(Fortsetzung folgt.)

von montenegrinischen Offizieren, die türkischen Truppen im ganzen Gebiet zwischen Lugi und Kasrati geschlagen haben und, im Besitze von Munition und Proviant, auf Statari zu marschieren, wo bereits unter der Bevölkerung große Aufregung herrscht. Die von Konstantinopel erwarteten Truppenverstärkungen treffen nur langsam und ungenügend hier ein.

Sämtliche aktiven montenegrinischen Offiziere (es sind ihrer nicht viele) wurden nach der Grenze kommandiert. In der Grenzstadt Andrijevica (Montenegro) sind weitere 200 albanesische Flüchtlinge eingetroffen, die bei den dortigen Bürgern Unterkunft fanden. Der Führer der albanesischen Emigration in Montenegro, Woljetinac, ist mit 300 bewaffneten Kriegeren bei Andrijevica auf türkischen Boden übergetreten. In Podgoriza sind 60 vermundete albanesische Soldaten angekommen und wurden vom montenegrinischen Roten Kreuz versorgt. Die jüngste große Niederlage der türkischen Truppen bei Lugi wird von allen Seiten beklagt. Der Kampf dauerte von früh bis Abends. Die Türken waren ausgezeichnet bewaffnet, hatten auch einige Geschütze zur Verfügung, jedoch hatten die Albaner sehr gute Positionen inne und kämpften sehr tapfer, so daß die Türken zurückgeschlagen wurden. Die Albaner eroberten neuerdings Deschitch und alle früheren Positionen unweit des Forts Schipchaine.

**Geplante Beziehungen zwischen Spanien und Portugal.** Aus Madrid bricht der „Gerald“ eine hochinteressante Depesche welche besagt, daß seit Einführung der Republik in Portugal die diplomatischen Beziehungen Spaniens zu Portugal sehr gespannt seien. Der alte Nationalhaß zwischen beiden Völkern komme von Tag zu Tag mehr zum Durchbruch und da auch die politischen Interessen beider Nationen ganz entgegengesetzt seien, so könne jeder Tag Schwierigkeiten bringen.

**Gegen den Rüstungs-Wahnsinn.** In einer Londoner Arbeiterversammlung, die sich mit den englischen Rüstungen befaßte, stellte ein Redner fest, daß Großbritannien im letzten Jahre eine Summe von 5 Milliarden Pfund Sterling (hundert Millionen Mark) für Rüstungen auszugeben habe. Das diesjährige Budget beanspruche allein 75 Millionen Pfund Sterling (150 Millionen Mark). Redner führte aus, daß der Gedanke, dem Dandel einer Nation würde durch den guten Ausgang einer kriegerischen Aktion geholfen, hinfällig sei. Die Geschäfte folgten nicht der Fahne, sondern den Preisen des Weltmarktes. Genosse Keir Hardie rechnete aus, daß die Ausgaben für Meer und Flotte, die in diesem Jahre gemacht werden, genügen würden, um jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin monatlich 4 Schilling zu zahlen. Das stete Anwachsen der Ausgaben für kriegerische Zwecke verurteile einen fortwährenden Aufschwung der Sozialreformen.

**Neue Erfolge des Frauenstimmrechts in Amerika.** Die Frauenstimmrechtsfrage marschiert jetzt mit Riesenschritten. Nachdem seit Anfang dieses Jahres drei weitere Staaten das Wahlrecht der Frauen eingeführt haben, hat sich jetzt Nevada angegeschlossen. Und in Illinois hat der Senat mit 31 gegen 10 Stimmen den Frauen das Recht zugesprochen, überall dort zu stimmen, wo ihnen durch vorherige Volksabstimmung dieses Recht eingeräumt worden ist. Danach haben sie in jeder Gemeinde, jedem Bezirk, schließlich im ganzen Staat für dessen Vertretung eine Abstimmung der Männer herbeizuführen. Sicher ein verwirklichtes System, das aber — falls die zweite Kammer, wie zu erwarten ist, zustimmt — den endgültigen Sieg der Gleichberechtigung auch hier nicht lange verzögern dürfte. Das sind nun schon 10 Unionsstaaten: Idaho, Utah, Wyoming, Colorado, Washington, Kalifornien, Oregon, Nevada — sämtlich im fernen Westen — Kansas und Illinois, ebenfalls Weststaaten.

Aus Seattle, der Hauptstadt des neuen Frauenrechtsstaates Washington, wird berichtet, daß seit der Teilnahme der Frauen am Gemeinleben die städtische Gesundheitsfürsorge wesentlich verbessert worden ist. Für das Gesundheitsamt wurden in diesem Jahre 175.000 Dollars eingestellt. Besonders streng wird die Milch kontrolliert: jede Flasche muß einen Kontrollstempel mit Datum tragen und darf nicht länger als 24 Stunden nach der Untersuchung verkauft werden. Die Molkereien werden hinsichtlich der Reinlichkeit genau überwacht. In den letzten Monaten wurden nicht weniger als 31 geschlossen. Auch Fleisch, Eier, Limonade usw. steht unter Aufsicht. Unentgeltliche Prüfung kann jederzeit auf dem städtischen Untersuchungsamt erfolgen. Die auf Märkten und in Wärdereien ausgestellten Schwären müssen durch Gläser vor Schmutz geschützt werden. Auch das Gesetz gegen das öffentliche Spielen wird jetzt durchgeführt.

**Anfänge der Parteidarbung in China.** Die fortschrittliche Partei, die man die Partei des Gemeinen Reiches nennt, die erste der chinesischen Parteien, ist offiziell von der chinesischen Regierung anerkannt worden. Vor kurzem ist noch eine neue Partei gegründet worden, die „konstitutionelle“, die gemäßeter ist als die erste. Ihr Programm schließt in sich: Respekt vor der kaiserlichen Konstitution, Herstellung der Beziehungen zwischen dem Hofe und dem Volke, Entwicklung der Städte- und Provinzverwaltung, Verbesserung der Gesehe und hauptsächlich des Schulunterrichts. Die Auswanderung nach den nördlichen Provinzen sei zu fördern, ebenso wie die Entwicklung und Zentralisierung der Armee und Flotte. Viele hohe Beamten und Mandarins sind in die neue Partei, die gleichfalls von der Regierung offiziell anerkannt wird, eingetreten.

**Schlesien, Posen und Nachbargebiete.**

**Die Schülerselbstmorde in Ratibor.**

Aus Lehrerkreisen wird uns geschrieben: Die höheren Schulen sind unter dem Druck des Kirchenregiments und der mittelalterlichen Verfassung entstanden. Aber auch gegenwärtig können die Resultate ihrer Erziehungswissenschaften ebenso wenig wie ihre übrigen Einrichtungen tiefen vererbten Charakter verleugnen. Die vielen Schülerselbstmorde in den letzten Jahren stehen in direktem Verhältnis zu dem trotz der modernen Anschauungen überhand nehmenden feindseligen Druck, den eine präventiv verordnete Lehrerschaft an der Hand der vorgeschriebenen Lehrpläne ausübt. Diese Lehrpläne liegen wieder einer mittelalterlichen Pädagogik zugrunde, wie sie immer noch in diesen Anstalten gehandhabt wird. Eine der schlimmsten Anwendungen dieser pädagogischen Methode ist die Nichtverzeihung, das sogenannte Eigenbleiben. Dieses — man möchte sagen ganzwunde Verfahren — ausgeübt an den nicht mehr schulpflichtigen jungen Leuten, ist die Hauptursache der meisten Schülerselbstmorde und der sonstigen persönlichen und gemeinschaftlichen Katastrophen im Schulleben; es ist zugleich ein Verbrechen gegen das Leben des Individuums und gegen die gesunde Fortentwicklung der Gesellschaft. Wer sich mit mir nicht auf diesen Standpunkt stellen kann, verbleibt selbst an seinen Kindern die traurigen Erfahrungen zu machen, unter denen diese Unglücklichen samt ihren Angehörigen zu leiden haben.

Es wäre schon ein großer Fortschritt und läme dem Erziehungsstande näher, wenn, wie bei den Volksschulen, die Schulverwaltung an eine bestimmte Altersgrenze gebunden wäre. Dann würde es ausgeschlossen sein, daß ein höherer Schüler, wie es jetzt noch so überaus häufig vorkommt, ein Jahr an der noch länger die Schule besucht. Doch das ist nicht der einzige Mangel. Es ist bekannt, daß vielfach von Lehrern Konferenzen eine Nichtverzeihung ausgesprochen wird, um mindere begabte oder mitleidige Schüler am Weiterbesuch der Schule zu hindern oder deren Eltern nachzusetzen, sie hinwegzunehmen. Die Eltern weigern sich, weil sie ihrem Kinde ohne unbedingt eine höhere Bildung angedeihen lassen wollen, und so führt der Schüler von Schule und Elternhaus zwischen zwei Säulen zer-

er und im Stich gelassen. Den Kampf ums Dasein kann er nicht aufnehmen; es mangelt ihm an Selbstständigkeit, die durch die heutigen Erziehungsmethoden geradezu untergraben wird. Ihre einzige Stütze ist das staatliche Privilegium. Diese Mängel äußert sich neben der schon genannten Nichtverzeihung am schmerzhaftesten in dem Prämierungs-, Genurierungs- und Strafsystem. Ganz zu schweigen von den fortwährend falschen Anweisungen des Schülers und dem hurrapatriotischen Unterrichtsmodus, der den ganzen Geschichtsunterricht zu einer lächerlichen Farce macht. Das ganze staatlich orientierte höhere Unterrichtswesen läuft auch wie das niedere darauf hin, in den Schülern das bisher selbstgewordene Persönlichkeitsbestimmungs zu untergraben. Der Staat will sich willfährige Kreaturen schaffen mit krummem Wufel nach oben und Gehirnselbstigkeit nach unten.

Es liegt mir fern, die Lehrerschaft in Haus und Hofen für alle diese mittelalterlichen Institutionen mit verantwortlich zu machen, auch für die Schülerselbstmorde. Sind sie aber gänzlich davon freizusprechen, daß diese für Familie und Gesellschaft verderblichen Vorgänge seit langem schon zu einer Eiterblase an dem Unterrichtsweisen sich herausgebildet haben? Es gibt auch mit den Herren Oberlehrern, Geheimräten, Professoren und Doktoren genug abzuzählen. Fehlt ihnen doch nur zu oft ein tieferes Verständnis für psychologische Pädagogik, von Sozialpädagogik gar nicht zu reden. Viele Ratgeberparasiten glauben auch, den starken Druck von oben, unter dem sie selbst gehalten werden, in despotischer Willkür auf die Schüler übertragen zu können und laden damit eine Schuld auf sich, die nicht zu tilgen ist.

Die bürgerliche Beurteilung der Schülerselbstmorde findet sich in der Regel damit ab, daß sie nur die Ehrbegriffe der Schüler durch die Nichtverzeihung erschüttert glaubt. Die nichterne Erwägung des Schülers, der seinem Leben freiwillig ein Ende macht, weil ihm ein langes Jahr des ohnehin kurzen Menschendaseins und damit fast gleichzeitig die Öffnung auf die Zukunft geföhnt worden ist, findet in den von ehrenbrünstigem Stolz bedrängten Herzen keinen Raum. Ein Jahr bedeutet einen beträchtlichen Teil des ganzen Lebens, und der bei Schülern darüber entstehende Schmerz wird nicht gemildert durch die Aussicht auf den Zwang, den ganzen Stoff des Vorjahres noch einmal durchzulernen.

In dieser Beziehung kann das nahezu epidemische Ueberhandnehmen der Schülerselbstmorde gar nicht wundernehmen und man ist nicht geneigt, diese Erscheinung nur der schnelllebigen, nerds überreizten Zeit in die Schuhe zu schieben, wie es die bürgerlichen Blätter tun. Sie haben allerdings auch Grund genug, das Konto der besten aller Weltordnungen angesichts der bevorstehenden Reichstagswahlen nach Möglichkeit zu verschleiern. Wenn auch die höheren Lehranstalten nur von den besitzenden Klassen frequentiert werden, so sind doch die Besucher derselben beklagenswerte Opfer der Staatsraison und die Sozialdemokratie wird alles aufwenden, um die verlotterten Zustände unseres Erziehungswesens in der Presse und in den Parlamenten gebührend an den Pranger zu stellen. Wer für freibeständige, fortgeschrittene Pädagogik ist, muß ihr notwendigerweise seine Stimme geben.

**Pirchberg, 9. April.** Die durch gebrannte höhere Schülersin. Auf der hiesigen Polizeiwache meldete sich dieser Tage eine höhere Schülersin aus Königsberg i. Pr. Das kleine Fräulein, das hier sehr resolut auftrat, erklärte, sie könne nun einmal die fremden Sprachen nicht lernen, aber die Eltern nähmen sie trotz ihrer wiederholten Bitten nicht von der höheren Schule fort. Im Gegensatz zu den Lehrern zeigt sich häufigen Fällen, wo die jungen Menschenkinder in dieser Lage Selbstmord verüben, berührt das Verhalten des Mädchens beinahe sympathisch. Sie nahm nur das Schulgeld und brannte damit durch. Wenn sich die Eltern jetzt etwas ängstigen, sei es ihnen recht, weshalb hätten sie ihren Wunsch nicht erfüllt, meinte sie. Das Schulgeld reichte beim Durchbrennen gerade bis Pirchberg, und hier meldete sich die „höhere Tochter“ bei der Polizei. Bestere nahm sie in Verwahrung und benachrichtigte sofort die Eltern. Von ihrem Bruder, der zu diesem Zwecke nach Pirchberg reiste, wurde die jugendliche Ausreißerin den Eltern wieder zugeführt.

**Reichenstein, 11. April.** Explosion in der Gütlicher Pulverfabrik. Sonnabend Abend ist das Pulverwerk 7 der bekannten Pulverfabrik des Kommerzienrats Gütlicher, bei Holmerdorf gelegen, in die Luft geflogen. Zwei Arbeiter wurden getötet, ein dritter leicht verletzt.

**Seitendorf, Kr. Pirchberg, 11. April.** Erstickt. An einer Bohne erstickt ist das 5 Jahre alte Töchterchen Hedwig des Straßenarbeiters Wollmann. Das arme Kind hat eine Bohne verschluckt, die ihr in die Luftröhre geriet. Der zufällig im Hause anwesende Arzt nahm das Kind zur Vornahme einer Operation in seinem Wagen mit. Unterwegs aber starb es schon.

**Stegau, 11. April.** Die ersten Mövencier von der Mövencier bei Rühner See bei Stegau sind trotz des kalten Wetters bereits gesammelt und zum Verkauf gestellt worden. Die Ausbeute der ersten diesjährigen Einlese betrug allerdings nur neun Stück und ihr Preis war dementsprechend mit 1 M. für das Stück noch sehr hoch. Inzwischen haben neue Scharen von Möven das „Eiland“ im Rühner See besiedelt.

**Stegau, 11. April.** Selbstmord durch Erhängen beging am Montag Vormittag in den Geschätsräumlichkeiten der Papier-Enares-Handlung von Raumann ein dort beschäftigter circa 60 Jahre alter Werkmeister. Ursache: Schwermut.

**Dagnau, 11. April.** Konservatives Gastspiel. Herr Pastor Ritsche und Herr Schornsteinfeger Konrad-Breslau gaben am Sonntag hier ein Gastspiel, an dem sich auch die Liberalen mit ihrem Parteisekretär Mielewski beteiligten. Sie sagten sich dabei einige Lebenswürdigkeiten, die uns aber ganz gleichgültig lassen können. Hier in Dagnau sind die Konservativen und die Liberalen beim besten Willen nicht zu unterscheiden.

**Frankfurt (Posen), 11. April.** Die Holzerei in der Kirche. Aus Klein-Kreutz berichtet der Posener „Diemil“ das folgende liebliche Stimmungsbild: In Klein-Kreutz hatten die deutschen Katholiken bis vor kurzem die Mehrheit, und es wurde an zwei Sonntagen deutscher und am dritten Sonntage polnischer Gottesdienst abgehalten. In der letzten Zeit stellten sich jedoch dort viele Polen an, so daß diese jetzt die Mehrheit haben. Sie beanspruchten infolgedessen mehr polnische Gottesdienste und griffen, als ihnen das verweigert wurde, zur Selbsthilfe, indem sie an jedem Sonntage anstatt des deutschen Liedes einfach ein polnisches sangen. Durch diesen religiösen Zwiespalt soll alles andere erzielt worden sein, nur kein harmonischer Öhrenschmerz, und um diesem allsonntäglichen Öhrenschmerz ein Ende zu machen, ordnete der Propst Jansen an, daß die zum Chor gehörende Kirche verschlossen bleibe. Am letzten Sonntag nun versammelten sich die Polen wiederum in großer Anzahl an der Kirche. Als sie die Chortür verschlossen fanden, drohten sie, falls diese nicht geöffnet würde, anstatt in die Kirche — in das Pfarrhaus zu gehen. Die Drohung wirkte, der Propst ließ sich bewegen, die Chortür zu öffnen. Als aber die Deutschen mit ihrem Liebes begnügen wollten, kamen ihnen die Polen zuvor und sangen wieder ihr polnisches Kirchenlied. Das Eingreifen des Propstes und seine Ermahnung zur Ordnung blieben erfolglos, und schließlich kam es auf dem Chor zu einer regelrechten Prügelei zwischen den deutschen und polnischen Katholiken. Wegen dieser Vorgänge hat der Propst die Kirche ganz schließen lassen, und sie wird erst wieder nach erfolgter Weisung geöffnet werden. Dieser „Religionskrieg“ wird sich ab innerhalb einer Religion, denn beide feindliche Parteien sind gläubige Katholiken.

Gewissenlos hat dieser Vorfall für die Beteiligten keine weiteren Folgen als ein paar Beulen und Böber im Kopfe.

Die lassen sich schließlich von den frommen Fanatikern im Dienste des Glaubens ertragen.

Beziehungen der städtischen Markt-Rotterums-Kommission. Breslau, den 10. April.

Ware	gute		mittlere		geringe Sorten	
	hochl.	niedr.	hochl.	niedr.	hochl.	niedr.
Weggen, weißer	19 50	18 40	18 20	17 40	17 20	16 30
Weggen, gelber	19 20	18 80	18 20	17 80	17 20	16 80
Woggen	17 20	16 80	16 20	15 80	15 20	14 80
Wassergasse	17 20	16 80	16 20	15 80	15 20	14 80
Gerste	14	13 80	13 20	12 80	12 20	11 80
Hefe	18 60	15 10	14 80	14 30	14 20	13 40
Victoria-Erbfen	23	22	21	20	19	18
Erbsen	19 60	19	17 80	18 80	18	17 80

Gen per 100 Rgr. 6.40—6.80 Ml.  
 Roggenstroh per 100 Rgr. 4.20—4.60 Ml.  
 Weizenstroh 100 Rgr. 2.70—3.10 Ml.  
 Weizen: Mehlmehl. Wehl feiner per 100 Rgr. inkl. End brutto, 22.50 Ml. feiner 22.00—22.50 Ml., Roggenmehl 00 feiner 22.00 bis 22.50 Ml., Waagen-Pausbadeh feiner 21.00—22.00 Ml., Roggenmehl feiner 10.50—11.00 Ml., Weizenmehl feiner 10.00—10.50 Ml.

**Briefkasten**

Sprechstunden der Redaktion Donnerstags nur b. 12—1 Uhr Mittags. Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.

**2. Schwedonia.** Dieser Kasse können Sie gar nichts Gutes zutrauen; lassen Sie sich nicht als Mitglied aufnehmen.

**3. Wittenstraße.** Ihre Frau kann als Vormund des unehelichen Kindes bestellt werden; sie soll an das Gericht ein Gesuch schicken.

**4. M. B.** Die Berechnung ist richtig; mehr Rente kann leider nicht gefordert werden.

**5. P. Ja.** Sie können monatlich kündigen und ausziehen. Die Höhe der Miete hat auf die Kündigungsfrist keinen Einfluß.

**6. T. 72.** Das Gewerbe muß auch in diesem Falle beim Magistrat angemeldet werden.

**7. Reiffe.** 1. Der Veleidigte muß sich vorchriftsmäßig beschweren. 2. Eine Zivilklage kann wegen einer Veleidigung während der Kontrollversammlung nicht angebracht werden.

**3. Ja.**

**4. Weingerbergasse.** Die Kosten des Prozesses müssen Sie tragen, wenn Sie das verurteilt worden sind.

**5.** Bei vierteljährlicher Kündigung haben Sie die erhöhte Miete erst vom Juli an zu zahlen.

**6. 100.** Sie dürfen diese Arbeiten selbstständig ausführen, müssen das aber dem Gemeinde-Vorstande melden.

**7. Brunnenstraße.** Die Sache ist zur Veröffentlichung nicht geeignet.

Verantwortlicher Redakteur: Reinhold Dars. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 7. — Verlag von Oskar Schük. — Druck von Th. Schük, G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. — Hierzu 2 Beilagen.

Für die Inserate übernimmt die Redaktion nur die präferentielle Verantwortung.

**Nein, keinen andern!**

**Nur**

den besten will ich. Geben Sie mir Kathreinners Malzkaffee! Er schmeckt besser und kräftiger als alle Nachahmungen.



Ich nehme nur das echte Paket



mit Bild des Pfarrers Kneipp und der Firma „Kathreinners Malzkaffee-Fabrik“.

Der Gehalt macht's!

**Neu eröffnet!**

**Günther & Otto**

Tabakhandlung

Breslau, Reuschestr. 51 (Hofplatz)

**Original-Phoenix-**

**Nähmaschinen**

für Gewerbe u. Hausbedarf sind die besten der Gegenwart, zum Anschaffen besonders geeignet. — Überdies empfehlen wir alle anderen Systeme, auch in Spezialmaschinen.

**Jul. Dressler & Co.**

Breslau, Ring 6.

Größte Reparatur-Werkstatt für alle Systeme.



## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 11. April.

### Geschichtskalender.

12. April.

1831 Der belgische Bildhauer Constantin Meunier.  
1894 Der Dichter Ludwig Pfau †. (Freiheitsdichter.)

### Die Sozialdemokratie und die bürgerlichen Parteien.

Ueber dieses Thema, das durch die bevorstehenden Reichstagswahlen besonders wichtig erscheint, wird Genosse Ed. Bernstein, unser Reichstagskandidat für Breslau-West, in einer öffentlichen Versammlung am Karfreitag sprechen.

Parteienoffen! Sorgt für zahlreichen Besuch. Die Versammlung wird Abends 8 Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses abgehalten.

### Freisinnige Kandidaten für Breslau-West.

Nachdem die Einleitung der beiden liberalen Nichtturnen auch für Schlesien perfekt geworden ist, werden sich die Fortschrittler, den Wahlkreis Breslau-West mit einem Kandidaten zu besetzen. Die Wahl ist auf den Redakteur der „Breslauer Morgenzeitung“, Herrn Arthur Winkler, der früher den Beinamen Lannenbergr führte, gefallen. Große Hoffnungen, Breslau-West noch einmal mit einem freisinnigen Abgeordneten zu besetzen, dürfen die Fortschrittler kaum in ihrem Busen hegen.

### Die kommunale Arbeitslosenversicherung und die Klerikale.

Bekanntlich ist der Stadtverordnete Herschel, der liebe glühende Freund der Arbeiter, in den Haus- und Grundbesitzerverein gegangen, um die tausend Bedenken gegen die kommunale Arbeitslosenversicherung vor einem von vornherein abgeneigten Publikum auszubreiten. Wir haben unsere Bedenken gegen diese Art Förderung der Sozialpolitik geltend gemacht und jetzt pfeift es schon ein wenig aus einem anderen Loch. Wenigstens bringt die „Volkzeitung“ jetzt folgenden Bericht aus dem Windhorstbund:

**Windhorstbund.** In der gut besuchten Versammlung am vergangenen Montag im St. Vincenzhause, die vom Stadtverordneten Uhr geleitet wurde, sprach Rechtsanwalt Dr. Herchel unter lebhaftem Beifall über „Die kommunale Arbeitslosen-Unterstützung“. In der Diskussion wies Redakteur Mauer auf die großen Fortschritte und Vorzüge der Arbeitslosenversicherung in Dänemark hin, während die Gewerkschaftsfunktionäre G. Loger und W. K. auf die Materie der Arbeitslosenversicherung näher eingingen. Alle Diskussionen redner vertraten die Ansicht, daß die Versicherung auch bei uns durchführbar sei.

Diese Durchführbarkeit hat Herr Herschel stark in Zweifel gezogen, nun haben ihn hoffentlich die eigenen Parteigenossen aus Arbeiterkreisen belehrt. Schade ist nur, daß zwar die klerikale Presse Raum genug hat, um die „Bedenken“ des Herrn Herschel spaltenlang wiederzugeben, für die Argumente und Beweise der christlichen Arbeiter aber hat man nur ganze drei Zeilen übrig. Die christlichen Arbeiter bilden nach wie vor das Aischenbrödel des Zentrums.

### Wie sie selber urteilen!

Im neuesten Heft des Zentralorgans der katholischen Geistlichkeit Bayerns, der „Theologisch-klassischen Monatschrift“ stehen auf S. 362 folgende Sätze, die verdienen, allgemein bekannt zu werden.

Man sehe nur das Rohe, raffiniert Verleugende in der Presspolemik, die schamlose Lüge und das niederträchtige Totschweigen gelehrter Werke und Personen, die nicht zur Partei gehören, andererseits das Pinausloben kläglicher Machwerke von Fremden. Die katholische Presse ist hier nicht besser, vielmehr noch schlimmer, als die gegnerische.

## Kunst, Wissenschaft und Technik.

**Ein Bericht über Magalhães Weltumsegelung.** Den Ehrenanteil des ersten Weltumsegelers trägt, wie man weiß, der Portugiese Magalhães, dessen Name im Deutschen gewöhnlich Magellan geschrieben wird. Jeder Schüler kennt diesen Namen von der nach dem kühnen Reisenden benannten Meeressstraße her, die von ihm auf seiner Weltreise durchfahren und als Südgrenze des amerikanischen Festlandes angesehen wurde. Erst umlich ist nun, daß erst jetzt, nachdem bald 400 Jahre seitdem vergangen sind, eine Urkunde zum Vorschein kommt, die als erster zuverlässiger Bericht über diese Weltumsegelung zu gelten hat. Sie stammt von einem Portugiesen Fernando Alveira, der im Jahre 1507 geboren war und einige Schriften, namentlich geschichtlichen und staatsrechtlichen Inhalts, hinterlassen hat. Als verloren galt bisher ein seiner Werke, das von einem späteren Portugiesen genannt wird und das angeblich von der Schiffsbaukunst handelte. Es ist nun Dr. Vogel gelungen, diese Schrift in der Leydener Universitätsbibliothek aufzufinden. Bereitet diese Entdeckung dem Gelehrten schon an sich eine lebhaft Freude, so wurde diese noch dadurch gesteigert, daß in der genannten Schrift eine Beschreibung der Weltreise des Magalhães enthalten war, von deren Vorhandensein man bisher nichts gewußt hatte. Sie ist allerdings nicht lang, denn sie umfaßt in der Handschrift nur sechsundzwanzig Blätter. Als die älteste ihrer Art aber ist sie von beträchtlichem Wert für die Geschichte der Geographie. Doktor Vogel veröffentlicht sie jetzt in der „Marine-Rundschau“ in deutscher Uebersetzung. In der Einleitung wird die Frage erörtert, wer als eigentlicher Verfasser dieses Berichtes zu betrachten sei, und es wird der Schluß gezogen, daß er wahrscheinlich aus der Feder eines Mannes stamme, der an der Weltreise selbst teilgenommen habe.

**Der größte Strom der Erde.** Der Amazonenstrom in Südamerika ist weitläufig der größte Wasserlauf der Erde und hat nach Professor Ugozzis — an seiner Mündung eine Breite

von 267 Kilometern. Die Entfernung von der Quelle des Amazonenstromes in den Anden bis zum Atlantischen Ozean beträgt in der Luftlinie schon 3200 Kilometer, das wirkliche Bett des Stromes ist aber 6400 Kilometer lang. Das Stromgebiet des Amazonenstromes umfaßt 6.470.000 Quadratkilometer (etwas über die zehnfache Bodenfläche Frankreichs), und mit Hinzurechnung der Nebenflüsse soll er eine schiffbare Wasserstraße von 80.000 Kilometern bilden, wovon die Hälfte selbst für die größten Dampfer fahrbar wäre. Zahl, Länge und Wasserreichtum der Nebenflüsse des Amazonenstromes stehen in geradem Verhältnis zu seiner Größe. Mehr als zwanzig mächtige Ströme von 1600 und mehr Kilometern Länge ergießen ihre Fluten in den Hauptstrom, und daneben hat dieser noch fast zahllose Nebenflüsse von geringerer Bedeutung. In der Vereinigungsstelle des Juyaly mit dem Amazonenstrom erreicht eine Leine von fünfzig Faden (91 Meter) Länge noch nicht den Grund des Bettes, und in der Breite gleicht hier die Wasserfläche mehr einem See als einem Strom. Der längste Nebenfluß, der Madeira, mündet von der Quelle bis zur Einmündung in den Hauptstrom allein 3200 Kilometer.

### Achtung, christlicher Bauernfang!

Die schwarzen Seelenfänger und ihr christlich-gewerkschaftlicher Anhang arbeiten langsam und still, aber nicht ohne Erfolg, wie folgendes Beispiel zeigt. Einer unserer Genossen erzählt uns, wie seine Frau, die Heimarbeiterin ist, ihm eines Tages mit einem gewissen Stolz erzählt, daß sie sich jetzt auch organisiert habe: sie sei dem Verbands der Heimarbeiterinnen beigetreten. Mann und Frau waren anfangs der Meinung, daß es sich um einen freien Verband handelte. Die Frau mußte dies umomehr annehmen, weil bei der Aufnahme — es geschah bei einer Hausagitation — kein Wort gesagt wurde, daß man es mit einem christlichen Verbands zu tun habe. Und doch war es so. Als einige Zeit später das Mitgliedsbuch abgegeben wurde, da stellte es sich heraus, daß es sich um den christlichen Gewerkschaftsverein der Heimarbeiterinnen handelt.

Wie uns versichert wird, ist diese Hausagitation recht reger und die christlichen Werber bedienen sich beim Fange eines recht eigenartigen Köders. Man macht den Frauen die Sache dadurch mundgerechter, daß man ihnen in Aussicht stellt, daß sie beim Anschaffen einer Nähmaschine diese durch Vermittelung des Verbandes um eine Kleinigkeit billiger einkaufen können. Der Lieferant gibt bei Teilzahlungen 15 Prozent Rabatt und der sog. Nähmaschinenfonds des Verbandes zahlt — falls er Mittel dazu in seiner Kasse hat (§ 7) — eine Beihilfe in Höhe von 10 Prozent. Mit diesen Nähmaschinen wird nun den Frauen die Sache mundgerecht gemacht, und sie lassen sich von den aufdringlichen Agenten anwerben.

Da auf diesen christlichen Leim selbst Frauen von Genossen gehüpft sind, so sei doppelt gewarnt; besser ist es, vorher mißtrauisch zu sein, als nachher Schaden zu haben.

### Der Großhandelsmarkt

In Breslau für Gemüse, Obst, Kartoffeln usw. spielt sich schon seit vielen Jahren auf dem Blücherplatz in den frühen Morgenstunden ab. Dieser Frühmarkt ist auch nach Eröffnung der Markthallen im Oktober 1908 beibehalten worden. Der gesamte Kleinhandel ist den Markthallen zugewiesen worden, während auf dem Blücherplatz die Kaufleute, Händler, Gastwirte, Vorkostgeschäfte und Händler ihren Bedarf, indem sie die Waren unmittelbar von den Erzeugern, den Gärtnern, Gemüsezüchtern usw. kaufen. Hier können also alle Wiederverkäufer, auch die Standinhaber der Markthallen, in den frühen Morgenstunden ihre Einkäufe für den Kleinhandel besorgen.

Damit die Händler in den Markthallen durch den Großhandelsmarkt nicht geschädigt werden, bestimmt eine Polizeiverordnung vom 30. September 1908, daß die Großhändler auf dem Blücherplatz unter einer gewissen Menge nicht verkaufen dürfen. Trotzdem konnte es, wie der Magistrat in einem Artikel im Gemeindeblatt ausführt, nicht verhindert werden, daß auf dem Großhandelsmarkt auch Kleinhandel betrieben wurde und sich immer mehr entwickelte. In dem Artikel des Magistrats heißt es darüber:

Ueber die Größe, Mindestmengen wird ein billiges Einverständnis wohl nie erreicht werden können, weil in diesem Punkte die Interessen der verschiedenen Beteiligten auseinanderstoßen. So wünschen die Gemüsezüchter, Gärtner usw. recht kleine Mindestmengen, damit sie auch auf dem Großhandelsmarkt an jedermann, also auch an die Abnehmer kleiner Mengen — Hausfrauen usw. — verkaufen können. Dies bekämpfen mit Recht die Händler, Standinhaber usw., weil sie hierdurch geschädigt werden und fordern zum Teil eine Erhöhung der Mindestmengen. Für diese Gegenätze gibt es

nur die Lösung, daß, wer im Kleinhandel verkaufen will, in die dazu bestimmten Hallen gehen muß.

Zur Beseitigung aller Schäden und Nachteile, wie sie aus der Entdeckung des Großhandelsmarktes zum Kleinhandelsmarkt sich ergeben, ist vorläufig folgendes in Aussicht genommen:

1. Die Mindestmengen bleiben bestehen, da sie noch immer die annehmbare Mittellinie in den bestehenden Verhältnissen darstellen. Sollten sich im Laufe der Zeit Härten ergeben, so wird ihnen nach Möglichkeit begegnet werden.

2. Durch die Mindestmengen soll  
a) der Handel mit Erzeugnissen und  
b) der Handel mit Nebenprodukten, soweit sie von den Erzeugern auf den Markt gebracht werden nicht berührt werden.

Zu a): Es wird also die Einhaltung der Mindestmengen nicht gefordert werden, wenn zum Beispiel im Frühjahr die ersten Erzeugnisse erscheinen und nur kleine Mengen von ihnen veräußert sind.

Zu b): Die Mindestmengen sollen nicht gefordert werden für Erzeugnisse, die von den Erzeugern nur so nebenbei geäußert werden und daher in nur geringen Mengen auf den Markt gebracht werden können. So können zum Beispiel Gemüsepflanzen, die sich nebenbei mit der Anzucht gewisser einfacher Blumen oder Veeren oder Obst befassen, diese Waren mit auf den Markt bringen und in den nur vorhandenen geringen Mengen verkaufen.

3. In Blumen und Pflanzen hat bisher ein Großhandelsmarkt nicht bestanden: sie können daher auf dem Großhandelsmarkt nicht mehr zugelassen werden. Wer also allein diese Waren feilhalten will, wird in die Hallen gehen müssen.

Zum Handel auf dem Großmarkt soll künftig nur noch zugelassen werden, wer allein mit seinen Waren eine Fläche von 4 Quadratmeter bedeckt.

### \* Das Breslauer Ausstellungsterrain der Zukunft.

Mit der Erbauung der neuen städtischen Ausstellungs- und Festhalle in Scheitling soll auch zugleich eine Erweiterung des Zoologischen Gartens vorgenommen werden. Um nach einem möglichst einheitlichen architektonischen und künstlerischen Plan zu arbeiten, der Ausstellungsplatz und Zoologischen Garten als äußerlich unanmenghörig zeigt, hat die Mittengesellschaft Zoologischer Garten einen Ideenwettbewerb ausgeschrieben, um geeignete Entwürfe zu erhalten. An der Konkurrenz konnten sich Architekten und Gartenkünstler aus ganz Deutschland beteiligen. Eingegangen sind ungefähr vierzig Entwürfe, von denen die drei folgenden preisgekrönt wurden. Den ersten Preis, 2500 Mark, erhielten Baumeister Alfred Boese und Gartenbau-Architekt F. Glum aus Kottbus. Dieser Entwurf, der auch ein Naturtheater vorsieht, scheint besonders deshalb wertvoll, weil er sich recht glücklich dem landschaftlichen Bilde dieser Gegend anpaßt. Den zweiten Preis von 1500 Mark erhielt Architekt J. R. Grosmann aus Berlin für eine Arbeit, die in ihrer ganzen Anlage äußerst monumental wirkt; künstlerisch scheint uns diese Lösung an die erste Stelle zu gehören. Den dritten Preis mit 1000 Mark erhielten die Architekten Leef, Sellhorn und Freye aus Breslau und Berlin. Zum Anlauf wurden empfohlen die Arbeiten von Fritz Schumann aus Dresden und Theodor Effenberger aus Breslau. — Welcher Entwurf von den Preisgekrönten auch zur Ausführung gelangen mag, es handelt sich bei allen um hochinteressante Arbeiten.

**Jur Tarifbewegung der Breslauer Tabakarbeiter** wird uns geschrieben: Der Zigarrenfabrikant Pohberg, Lichpinerstraße Nr. 29, dessen Kundchaft sich fast nur aus Arbeitern und Mitgliedern des Freien Gast- und Schankwirtsverbandes zusammensetzt, lehnt es streng ab, in ein Tarifverhältnis mit dem Tabakarbeiter-Verbands einzutreten. Es werden bei diesem Fabrikanten noch Löhne gezahlt, die mit zu den niedrigsten in ganz Breslau gerechnet werden müssen. Bei Verhandlungen mit dem Organisationsvertreter erklärte Herr Pohberg, wer von jenen Leuten mit dem Lohne nicht zufrieden sei, könne sich anderweitig Arbeit suchen, er bekomme Ersatz in Hülle und Fülle. Wir möchten bei dieser Gelegenheit auf einen Beschluß des Breslauer Gewerkschaftsartells hinweisen, der dahin lautet, die ichwer um eine bessere Existenz ringenden Tabakarbeiter in ihrem Kampfe kräftig zu unterstützen. Wir werden in der nächsten Zeit einen genauen Bericht über die gesamte Tarifbewegung geben und wir erwarten, daß die organisierte Arbeiterschaft dem Kartell-Beschlusse im vollsten Maße Gehör gibt.

**Bilder von einem Muster-Krematorium zur Feuerbestattung** sind in der Expedition der „Volkswacht“ zum Preise von 30 Pf. zu haben.

**Er weiß sich zu helfen.** Ein heiteres Stückchen erzählt man sich gegenwärtig am elsässischen Rhein. In den Rheinischbrücken ist allenthalben die blühende Vorschrift zu lesen:

Beladene Wagen dürfen nicht mit mehr als 30 Doppelcentnern beladen über die Brücke fahren.

Schon so mancher fluchender Fuhrmann mußte die überschüssigen paar Doppelcentner abladen und dann ein zweites und drittes Mal den Weg machen, um das nach Vorschrift und Gesetz zurücklassene Ladegut nachzuholen. Kam da nun dieser Tage ein biederer Schlechtstadter Fuhrmann gefahren, dem der gewissenhafte Brückenmeister an der Wage klipp und klar gemeldet, daß er — 31 Doppelcentner geladen habe. Und ein gewissenhafter Beamter hält streng auf Vorschrift und Gesetz! Der Fuhrmann aber, dem die Bureaufaltenpedanterie des gestrengen Brückenmeisters absolut nicht gefallen wollte, konnte sich nicht entschließen, den geschwichtigen Doppelcentner abzuladen und den Weg noch einmal zu machen. Aber alles Parlamentieren half nichts. Da kommt dem Braven eine rettende Idee: rüch weist er einen Doppelcentner hinunter, läßt ihn auf die Schuler, treibt seinen Gaul an und tragt ruhig neben dem nun nach Vorschrift beladenen Gefährt her über die Rheinbrücke. Mit etwas länglichem Anlitze und bangen Bureaufaltengefühlen sah der maßlose Brückenmeister dem vermeinten Fuhrmann nach. — Die Rheinbrücke soll die Beladungsprobe mit den 31 Centnern glücklich bestanden haben.

### Aus aller Welt.

**Die Sturmflut als Schatzkammer.** Vor wenigen Tagen hat eine gewaltige Sturmflut an der Küste von Suffolk in England außerordentliche Vermögen angedreht. Bei Thornewick (Aldeburgh) wurden eine Million Tonnen Sand weggeschwemmt. Das Besondere dieses Naturereignisses aber war, daß dadurch ein großer sehr alter Gold- und Silberergab bloßgelegt wurde. Hunderte von Münzen aus Gold, Silber und Bronze, die teilweise aus den frühesten angelsächsischen Zeiten stammen, wurden ans Licht gebracht, desgleichen antike Bronzeringe, Ornamente und ein alter bronzener Schlüssel mit einer silbernen Inschrift, die, soweit sie bisher beurteilt ist, auf die Zeit König Johanns zurückgeht. Die Küste, an der der Fundort liegt, ist uraltes Kulturland und hat längst das größte Interesse der Forscher für sich in Anspruch genommen. Hier haben bereits römische Trup-

pen ihr Lager aufgeschlagen; hier lag eine sehr bedeutende angelsächsische Stadt, Dummocastre und hier errichtete um 650 der ostangelsächsische König Sigebert einen Palast und eine Kathedrale. Bevor die Stadt, die den Namen Dunwich führte, von der See verschlungen wurde, gab es in ihr bereits sechs Kirchen, dazu etliche Klöster, Hospitäler und andere öffentliche Gebäude. Von hier aus gingen Schiffe bis nach Island. Heute aber existiert von der alten Größe nur noch eine einzige traurige Kirchenruine nebst dem Stück eines Klosters und den dürftigen Resten eines Hospitals für Aussätzige.

**Er weiß sich zu helfen.** Ein heiteres Stückchen erzählt man sich gegenwärtig am elsässischen Rhein. In den Rheinischbrücken ist allenthalben die blühende Vorschrift zu lesen:

Beladene Wagen dürfen nicht mit mehr als 30 Doppelcentnern beladen über die Brücke fahren.

Schon so mancher fluchender Fuhrmann mußte die überschüssigen paar Doppelcentner abladen und dann ein zweites und drittes Mal den Weg machen, um das nach Vorschrift und Gesetz zurücklassene Ladegut nachzuholen. Kam da nun dieser Tage ein biederer Schlechtstadter Fuhrmann gefahren, dem der gewissenhafte Brückenmeister an der Wage klipp und klar gemeldet, daß er — 31 Doppelcentner geladen habe. Und ein gewissenhafter Beamter hält streng auf Vorschrift und Gesetz! Der Fuhrmann aber, dem die Bureaufaltenpedanterie des gestrengen Brückenmeisters absolut nicht gefallen wollte, konnte sich nicht entschließen, den geschwichtigen Doppelcentner abzuladen und den Weg noch einmal zu machen. Aber alles Parlamentieren half nichts. Da kommt dem Braven eine rettende Idee: rüch weist er einen Doppelcentner hinunter, läßt ihn auf die Schuler, treibt seinen Gaul an und tragt ruhig neben dem nun nach Vorschrift beladenen Gefährt her über die Rheinbrücke. Mit etwas länglichem Anlitze und bangen Bureaufaltengefühlen sah der maßlose Brückenmeister dem vermeinten Fuhrmann nach. — Die Rheinbrücke soll die Beladungsprobe mit den 31 Centnern glücklich bestanden haben.

**Gegen die Milchverfälschung.** Wie sie von den Milchproduzenten geplant ist, wenden sich die Breslauer Milch- und Butterhändler. Am Montag haben sie in ihrer Generalversammlung erklärt, daß keine Veranlassung vorliegt, die Preise für die Milch zu erhöhen. Wenn die Milchproduzenten glauben, daß sich die Konsumenten eine Versteigerung der Milch ohne weiteres gefallen lassen, täuschen sie sich gar sehr.

**Aus dem Stellenvermittlergewerbe.** Das neue Stellenvermittlergesetz, das am 1. Oktober vorigen Jahres in Kraft getreten ist, soll hauptsächlich dazu dienen, die Verhältnisse, die sich in der gewerbmäßigen Stellenvermittlung herausgebildet haben, zu beseitigen oder doch einzudämmen. Ein solcher Mißstand war es auch, daß sich die Stellenvermittler früher neben den Vermittlungsgebühren auch noch allerbhand andere Gebühren nach Belieben von den Stellenjuchenden auszubilden lassen konnten. Der § 3 Absatz 3 des neuen Stellenvermittlergesetzes schreibt nun vor, daß neben den Vermittlungsgebühren Vergütungen anderer Art nicht erhoben werden dürfen. Die Vergütung dieser Art darf nur insoweit gefordert werden, als sie auf Verlangen und nach Vereinbarung mit dem Auftraggeber bewirkt und als notwendig hinreichend nachgewiesen sind. Dies der Wortlaut des Gesetzes. Gegen diesen Paragraphen hat die hiesige Stellenvermittlerin Borkowsky protestiert, als sie sich von einem Ständemädchen, das sich wegen einer Stellung an sie wandte, 75 Pfennig für Vorauslagen erhalten ließ. Diese Vorauslagen sollen in acht Raten zu zahlen sein für Stadtdruck und sieben Zehntheilgebühren zu je 5 Pfennig betragen. Eine Vereinbarung über die Höhe der zu erhaltenden Vorauslagen war aber mit dem Mädchen nicht getroffen worden, es hatte sich nur bereit erklärt, etwaige Ausgaben zurückzahlen, was es im vorliegenden Falle auch getan hat. Auf Veranlassung eines Regierungsrates, zu dem das Mädchen in Stellung kam, erhielt die Polizei vom der Sache Kenntnis, und die Folge war ein Strafmandat von 3 Mark. Taggen erob die Stellenvermittlerin Einspruch, und so kam die Angelegenheit am Mittwoch vor dem Breslauer Schöffengericht zur Entscheidung. Der Verteidiger war nicht in der Lage, die 75 Pfennig als notwendig hinreichend zu beweisen, wie es das Gesetz ausdrücklich vorschreibt, nachzuweisen. Die bloße Behauptung, den Betrag vorausgelegt zu haben, sei aber noch lange kein Nachweis, meinte der Staatsanwalt. Wenn es auch nicht möglich sei, die einzelnen Zehntheilgebühren nachzuweisen, so sei die Angelegenheit wegen der Zahlverhältnisse unbedingt verpflichtet gewesen, entweder schriftlich davon anzufertigen oder die Briefe einzuliegen. Der Vertreter der Anklagebehörde beantragte 40 Mark Geldstrafe, denn, so erklärte er, die neuen Gesetzesbestimmungen für Stellenvermittler verlangen eine strenge Handhabung. Das gebe auch aus § 12 Absatz 1 des Gesetzes deutlich hervor, der da lautet: „Mißstände bis zu sechshundert Mark oder mit Haft wird bestraft ein Stellenvermittler, der die amtlich festgesetzte Taxe überschreitet oder sich außer den tarifmäßigen Gebühren Vergütungen anderer Art von dem Arbeitnehmer oder dem Arbeitgeber gewährt oder versprochen läßt.“ Das Gericht schloß sich nach längerer Beratung den Ausführungen des Staatsanwalts an und bestätigte den polizeilichen Strafbefehl.

**Der Schnapsdiebstahl.** Wie der Alkohol oft dem besonnensten und ruhigsten Menschen alle Besinnung rauben und ihn mit dem Strafbuch in Konflikt bringen kann, zeigt folgender Fall, der vor dem Breslauer Schöffengericht verhandelt wurde. Der Arbeiter L. hatte am 21. Januar d. J. in einem Gasthof in Garlowitz in Gemeinschaft mit Kollegen für etwa 1 Mark Korn genossen. Er hatte nach 8 Uhr Abends das Lokal verlassen, um über die Kanalbrücke hinter der Mathiasstraße heimzugehen. Auf der Brücke begegnete ihm ein ruhiger Mann, der ohne jede Veranlassung lürzte und ihn mit seinem Taschenmesser arg prügelte. Einen tiefen Stich erhielt der Arbeiter unmittelbar unter das rechte Auge, der ihm heimlich das Augenlicht geraubt hätte, einen anderen Stich hinter das Ohr und einen dritten in den Rücken. Für die Tatsache, daß der Angeklagte im nüchternen Zustande kein gewaltthätiger Mensch ist, spricht der Umstand, daß er am nächsten Morgen, nachdem er wieder nüchtern war, sofort den verletzten Arbeiter in seiner Wohnung aufsuchte, und alles daran setzte, um seine Tat wieder gut zu machen. Das war aber nicht mehr möglich, weil der Polizeibericht von Carlowitz bereits Anzeige gemacht hatte. Der Staatsanwalt beantragte 6 Monate Gefängnis. Das Gericht glaubte über diesen Antrag hinausgehen zu müssen und erkannte auf 9 Monate Gefängnis und sofortige Verhaftung.

**Verbrauch der Fortbildungsschule.** Ein Glasermmeister, der Vertreter einer Glasverleumdungs-Vereinsgesellschaft ist, hatte in der hiesigen hiesigen Fortbildungsschule für seine Anwesenheit Propaganda gemacht. Die Ortsgruppe des Bundes der Fortbildungsberechtigten wandte sich wegen dieses Mißbrauchs der Fortbildungsschule an den Magistrat, der jetzt folgendes geantwortet hat: „Auch wir sind der Meinung, daß die Fortbildungsschule nicht der geeignete Ort ist, wo für eine Verleumdung...

...ungsgesellschaft gemindert werden darf. Wir werden verhindern, daß dies wieder geschieht.“

**In der Wasch- und Schleifgesellschaft** sind Streitigkeiten zwischen der Direktion und den Angestellten wegen des Beitritts zum Transportarbeiter-Verbande ausgebrochen. Die Gesellschaft sucht in hiesigen Blättern Wächter. Die Ortsverwaltung des Transportarbeiterverbandes bittet dringend, den Zutritt fernzuhalten.

**Tischler-Innung.** In der am Montag in Gners Gäßchen abgehaltenen Duarials-Versammlung wurden 73 Lehrlinge freigesprochen und 22 Lehrlinge in die Innung aufgenommen. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung betraf die Erhöhung sämtlicher Preise für Tischlerarbeiten. Obermeister Bretschneider führte aus, daß die Innung die Aufgabe habe, die Interessen ihrer Mitglieder zu wahren. Der Einspruch legte den Tischlermeistern die Erhöhung der Gehälter und sonstige Verbesserungen auf. Dazu kommen die Steigerung der Rohprodukte. Unter diesen Umständen seien die Meister nicht in der Lage, die Tischlerarbeiten zu den bisherigen Preisen zu verkaufen. Es müsse unbedingt ein Aufschlag erfolgen; wie hoch er sein soll, möge die Versammlung beschließen. Mit der Erhöhung war die Versammlung einverstanden; über die Höhe entstand eine lebhaft Debatte. Die Versammlung entschied sich mit großer Mehrheit für zwanzig Prozent. Die Erhöhung der Preise für Maschinenarbeiten rief eine noch lebhaftere Aussprache hervor. Wie mitgeteilt wurde, wollen 18 Inhaber von Holzbearbeitungsmaschinen die Preise für Maschinenarbeiten (Schneiden von Brettern etc.) von 1 Mark auf 1,25 Mark für die Stunde erhöhen. Die Steigerung wurde als viel zu hoch erklärt. Wenn die Höhe der Rohmaterialien und jetzt auch noch die Maschinenarbeiten teurer werden, dann könne das kleine Handwerk unmöglich bestehen. Vom 22. bis 29. April wird im „Deutschen Kaiser“ eine Gesellschafts-Ausstellung veranstaltet. Der Reichsminister behauptet jetzt, daß aus der Anfertigung sich nur sehr wenige Meister gemeldet haben. Schließlich wurde eine Schlichtungskommission für die verschiedenen Branchen gewählt.

**Zur Erleichterung und Sicherheit des Verkehrs an den Haltestellen** der Straßenbahnen verlangten vor einigen Jahren der hiesige Straßenbahnen-Verein und die Fuhrerinnung vom Polizei-Präsidenten, daß die Straßenbahnwagen stets nur rechts vor jeder Straßenecke halten. Dierem Wunsch ist teilweise entsprochen worden, und die Kenderung hat sich gut bewährt. Jetzt will der Straßenbahnen-Verein beim Polizeipräsidenten beantragen, die Haltestellen überall rechts vor den Straßenkreuzungen einzurichten, also auch auf der Linkseite, Schulstraße, Herrenstraße usw. wo der Verkehr sehr stark ist. Dabei möchten wir gleichzeitig dringend dazu auffordern, auch die Haltestellen zum Befahren und Verlassen der Straßenbahnwagen zu benutzen. Viele und zum Teil schwere Unfälle lassen sich dadurch verhüten.

**Mißhandlung eines Kindes.** Im November v. J. hatte der Arbeiter Franjose ein Logis, wo auch ein dreijähriges Kind in Pflege war. Das laute Schreien des Kindes störte ihn oftmals in seiner Nachtruhe, worüber er so in Wut geriet, daß er das Kind arg mißhandelte. Einmal schlug er es mit einem ledernen Schuhbande auf Hüften und Gesäß, blau unterlaufene Stellen waren die Folge. Die Anzeige erfolgte nach einer Unterzuchung im Allerheiligen-Hospital, wobei das Kind wegen eines Halses eingekerkert wurde. Wegen einfacher Körperverletzung wurde Franjose vom hiesigen Schöffengericht zu zwei Tagen Gefängnis verurteilt.

**Son der Militärjustiz.** Das Kriegsgericht der 11. Division in Breslau verurteilte einen Kanonier vom Artillerie-Regiment Nr. 6 in Breslau wegen Diebstahls eines Vorlegens zu fünf Tagen Mittelarrest. Die Öffentlichkeit war während der Verhandlung und Urteilsverkündung ausgeschlossen und zwar wegen militärisch dienstlicher Interessen. Der Verhandlung wohnte Kriminalkommissar Gehwein vom Polizeipräsidenten bei, der sich Notizen machte. Es wurden mehrere Militär- und Zivilzeugen vernommen darunter auch Frauen.

**Ein Mordversuch** hat sich am Sonntag in Brodau bei Breslau ereignet. Die Brodauer Jg. berichtet darüber: Der arbeitslose frühere Nachtwächter Sigmund schloß Sonntag Nachmittag zwischen 4 und 5 Uhr nach vorangegangener Wortwechsel seine Scheune durch drei Schüsse aus seinem Revolver nieder, weil sie zur Arbeit gehen wollte. Die Kugeln bewirkten eine Darmverletzung und durchbohrten den Magen. In ihrer Not flüchtete die Frau in die Wohnung des Hauswirts Herrn Schindel, wo sie das Verwundene verlor. Die schwer verletzte Frau wurde auf Anordnung des Arztes in ein Breslauer Krankenhaus gebracht und einer Operation unterzogen. In ihrer Anwesenheit wird gezwungen. Siegmund wurde verhaftet und ins Breslauer Untersuchungsgefängnis gebracht.

**Die Prostituierten Herben.** Eine räudliche Leiche ist Sonntag Nachmittag auf der Chaussee nach Chlau zwischen Or-

Schansch und Radwanitz aufgefunden worden. In dem Toten wurde ein Barbier aus Hiegenhals ermittelt, der etwa 35 Jahre alt und auf der Reise war.

**Neue Telegraphenanstalten und öffentliche Fernsprechanlagen** sind in Bismich, Kunzendorf, Kreis Frankenstein, Lüderwitz, Peterstschütz, Pruttowitz, Seifrodau und Städel, Kreis Namslau, in Verbindung mit Unfallmeldestellen eröffnet worden.

**Zusammenstoß.** Am Sonnabend stieß auf der Klosterstraße ein Sprengwagen mit einem Gärtnereiwagen so heftig zusammen, daß beide Fahrzeuge bedeutend beschädigt wurden.

**Unfälle.** Am Sonnabend wurde ein Arbeiter auf der Neuen Laurentienstraße von einem Geispan angefahren und von der Deichel im Gesicht erheblich verletzt. Am Montag früh kam ein Arbeiter in dem Hofe eines Hauses in der Berlinerstraße zu Falle und zog sich eine schwere Schädelverletzung zu. Er mußte mittels Krankenwagen nach dem Allerheiligenhospital geschafft werden.

**Aus der alten Ober** an der Rosenthaler Brücke ist am Montag früh die Leiche eines unbekanntes Mannes gelandet worden. Verletzungen sind an der Leiche nicht zu erkennen.

**Flüchtig geworden** ist nach Unterzuchung einer großen Menge neuer Tisch- und Bettwäsche der 27 Jahre alte Hausierer Jakob Schilling. Er hat die Wäsche von einem hiesigen Wäschehändler zum Verkauf in der Provinz erhalten, ist aber bisher nicht zurückgeführt.

**Gefunden** wurden zwei Boas, ein Medaillon, drei Portemonnaies mit Inhalt, ein Korallenarmband, ein Gebetbuch, eine Perlenkette, ein Schlüssel, eine goldene Damenuhr mit Kette, eine schwarze Ledertasche, drei Damenschirme, ein Zehnmarkschein, eine lila Handtasche.

**Die hiesigen Brantfabriken**, Werderstraße (an der Universitätsstraße), Berlinerplatz 7 und auf den Leichhäfen sind sowohl für Männer wie auch für Frauen geöffnet: in der Zeit vom 1. Oktober bis 30. April an Wochentagen von 8 Uhr Vormittags bis 8 Uhr Abends, an Sonn- und Feiertagen von 8 bis 12 Uhr Vormittags, an jedem Sonnabend und jedem Tage vor den Feiertagen bis 9 Uhr Abends, in der Zeit vom 1. Mai bis 30. September an Wochentagen von 7 Uhr Vormittags bis 9 Uhr Abends, an Sonn- und Feiertagen von 7 bis 12 Uhr Vormittags, an jedem Sonnabend und jedem Tage vor den Feiertagen bis 10 Uhr Abends. An diesen Tagen wird der Verkauf der Badelarten um 9 Uhr Abends geschlossen. Kassen-schluss ist sonst regelmäßig eine halbe Stunde vor Schluss der Badezeit.

**In der Strafsache gegen 1. den Redakteur Robert Albert** in Breslau, geboren am 28. April 1877 in Werl in Westfalen, 2. den Redakteur Reinhold Darf in Breslau, geboren am 30. Dezember 1873 in Klein-Zänowitz, Kreis Liegnitz, wegen Beleidigung durch die Presse, hat die 1. Strafkammer des königlichen Landgerichts in Breslau am 22. September 1910 für Recht erkannt: Der Angeklagte Albert wird wegen Beleidigung, begangen durch die Presse, in einem Falle unter Freisprechung von der Anklage der Beleidigung in einem weiteren Falle zu 2 — zwei — Monaten Gefängnis, der Angeklagte Darf wegen Beleidigung, begangen durch die Presse, in drei Fällen zu 300 — dreihundert — Mark Geldstrafe, an deren Stelle im Nichtbeitreibungsfalle für je 10 — zehn — Mark 1 — ein — Tag Gefängnis tritt, verurteilt. Alle Exemplare der Nummern 41, 48, 49 und 84 der „Volkswacht“ vom 22. Februar 1910, 26. Februar 1910, 27. Februar 1910, 12. April 1910, insoweit sie die mit „Zimmer wieder Herr Sinniot“, „Ganz wie bei Herrn Sinniot“, „Wie sie nicht sein soll, die Polizei“ und „Ein Wahrscheinlichkeitsgang in Breslau“ überschriebenen Artikel enthalten, sowie die insoweit zu ihrer Herstellung bestimmten Platten und Formen sind mit den sich aus § 41 Absatz 2 Reichsstrafgesetzbuch ergebenden Einschränkungen unbrauchbar zu machen. Den Beleidigten, Polizeipräsidenten von Oppen und Polizeikommissarius Sinniot, wird die Befugnis zugesprochen, die Verurteilung der Angeklagten binnen vier Wochen nach Zustellung einer Ausfertigung des rechtskräftigen Urteils durch je einmalige Einrückung des betreffenden Teiles desselben auf Kosten der Angeklagten in der „Schlesischen Zeitung“, dem „Generalanzeiger“ und der „Volkswacht“, und zwar in letzterer, wenn möglich, in demselben Teile und mit derselben Schrift, wie der Abdruck der Beleidigungen geschehen ist, öffentlich bekannt zu machen, und zwar dem Polizeipräsidenten von Oppen nur bezüglich der in Nr. 41 und 84 enthaltenen Beleidigungen.

**Höhensprung von Grabe.** Ingenieur Hans Grabe führte am Sonntag in Magdeburg auf dem Unger mit seinem Eindecker mehrere Flüge aus, unter anderen einen Höhengprung, bei dem er in 16 Minuten die Höhe von 150 Metern erreichte. Er ist damit nur um 110 Meter hinter dem von Bienciers in Johannisthal aufgestellten deutschen Höhengreifer von 1560 Metern zurückgeblieben.

**Sandung des Doppelkreuzers „Deutschland“** in Frankfurt a. M. Am Montag um 9 Uhr wurde das Dampfschiff „Deutschland“ in Frankfurt gesunken. In seiner Besatzung befand sich ein Exlerischer Doppeldecker, der von Darmstadt aus den Fluss mitgemacht hatte. Der Führer der Flugmaschine war der fünfzigjährige Reichert von den Darmstädter Tragnoren, der vom Griechischer Exportsplatz ausstieg, als das Dampfschiff über Darmstadt klang. Reichert hat die Fahrt von Darmstadt nach Frankfurt in einer um sechs Minuten kürzeren Zeit zurückgelegt und landete um 1 Uhr 22 Minuten. Lange Zeit darauf landete das Dampfschiff in Sicht. Es beschrieb über dem Flussesande einen großen Bogen und landete von Osten kommend glatt mit Hilfe der anwesenden Mannschaft um 1 Uhr 36 Min. Am Pierplatz hatte sich eine große Menschenmenge eingefunden.

**Berzogen gegen § 173 und Erpressung.** Der verheiratete Oberrentamt K. vom Kreisamt Nr. 8 in Koblenz wurde wegen Berzogens gegen § 173 verhaftet. Ein fahnenflüchtiger Unteroffizier des Reichsheers, der wegen Erpressung und Berzogens gegen denselben Paragraphen bestraft werden sollte, hat sich gegen den Polizei geführ und demnach belastende Ausfertigungen gegen den Offizier gemacht, daß über diesen die Untersuchungsbehörde verfahren wurde. Eine andere Erpressung macht in Frankfurt (Hauptstadt) viel von sich reden. Der Direktor Heinz der dortigen Reichsbank verlor vor einigen Tagen Geldmark. Die Meldung der ihm unterstellten Kassen und Bücher ergab, daß alles in Ordnung war. Jetzt wird bekannt, daß Heinz bei dieser oder langjährigen, sonstigen Erpressung geworden ist. Der Bankdirektor Friedrich Weiland, der sich selbst als Privatbankier darstellt, hat gegen den Direktor, der sich ihm gegenüber gegen den § 173 verurteilt hatte, mit mehreren Jahren Erpressungen verfahren. Die Staatsanwaltschaft hat gegen Weiland einen Strafbefehl erlassen.

**Brandstiftung in Juba.** In einem Dorf bei Sadgaon im Bundesstaat Juba ergriff sich am Sonntag ein heftiger Brandstiftung. Dort konnte ein mit Eisen

gedecktes, mit Petroleumlampen erleuchtetes Gebäude nieder, in dem 500 Personen versammelt waren, um das Stammesfest zu feiern. Dabei kamen 200 Männer, Frauen und Kinder um, da nur ein Ausweg vorhanden war. Von anderer Seite wird noch aus Sonntag gemeldet, daß sich die Katastrophe in einem provisorisch hergerichteten, mit Stroh gedeckten Zeltlager ereignete. Dieses ging in Flammen auf, als eine brennende Petroleumlampe herunterfiel. Man erzählt, daß mehr als 200 Personen, Männer, Frauen und Kinder, lebendig verbrannt sind.

**Das moderate Können.** Eine geistreiche Frau schreibt an eine ihr befreundete Dame, die Mutter eines großen Dichters, einen Brief, in dem, wie das „N. Z.“ nachweist, folgender Abschnitt vorzukommt:

... Jetzt ist Sie einmal, was der Schneider für mich macht.  
Gibt er Juppel? — Nein!  
Gibt er Kanille? — Nein!  
Gibt er Boar Böhnen? — Nein!  
Gibt er Rehrad? — Nein!  
Gibt er Scherprod? — Nein!  
Gibt er Four poin? — Ja!  
Was! — jetzt kommen andere Zeiten angedacht, und auch eine Reize und ein Lieberod dazu.  
Dabei wäre es sich nichts Verwundenes, erinmerten diese Zeiten nicht einen Schreier, das am 20. März 1867 — Bettina v. Arnim an Frau Kat Goethe geschrieben hat.

**Abonnement.** Im „Einfachhaus“ stellt „Katalister“ über Schumanns-Gedichte Sammlung zum Gebrauche folgende Bedingungen an:  
Da man ihn noch Major genannt,  
Der er geboren und lebte.  
Recht ist die schmerzliche Flöte,  
Er langte und gürte Goethe.  
Kannst dich er Gerechtigkeit,  
Wie kam er uns veränderter vor?  
Er widersprach und wurde Reiter,  
Den Herren recht entließ ein Geifer.  
Man sehr sich einmal den Fall,  
Er würde gar nach Gedankenschall!  
Gruß Marshall Kommand! Die Feig!  
— Nun ja, ich sage bloß, man sehr —

**Literatur.**  
**Sozialistische Blindenliteratur.** Coeben ist „Die Neue Zeit“, Organ zur Pflege sozialistischer Weltanschauung unter den Blinden deutscher Zunge, 2. Jahrgang Nr. 4 erschienen.  
Das Heft hat folgenden Inhalt: Frauenfrage und Sozialismus. Von Memo. Maxim Gorki: Was ist Ehre? Ostergloden, von Rud. Laant. Zwei Gräber, von Marie v. Ebner-Eschenbach. Aus der Gegenwart. Blindenwochen. In der Sonderbeilage gelangt fortlaufend Grundzüge und Forderungen der Sozialdemokratie von Kaustky und Schönant, zum Ausdruck. Der Abonnementpreis der Zeitschrift beträgt bei sechsmonatlichem Erscheinen jährlich 3,60 Mk. für Deutschland und Österreich-Ungarn, und 4,50 Mk. für die übrigen Staaten. Die Karteikassen werden gebeten, alle ihnen bekannten Blinden auf das Organ aufmerksam zu machen. Bestellungen und Anträge sind an H. Wendt, Berlin N. 39, Sorenstraße 1, zu richten. Das Blatt wird nicht im Buchhandel vertrieben, sondern ist nur durch die angegebene Adresse zu beziehen.  
**Vom „Bahren Jacob“** ist soeben die 8. Nummer des 2. Jahrgangs im Umfang von 16 Seiten erschienen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir folgende Beiträge:  
Bilder: Die römische Kaiserfamilie. Von R. Donselow. — Jago, der Idealist. — Zum Schutz der Jareneche. Von Erich Schilling. — Ostermorgen. (Mit Gebicht.) Von R. Donselow. — Lumpenjammer. Von G. S. Jentsch. — Der Ordnungspolizist in Sieben. Von Leo. — Die Metropol-Katte. Von R. Gries. — Das Zentrum zu Hause. Von G. S. Jentsch. — Jochen Kähler als Reichstagsler. — Jago-Darient. Von Erich Schilling. — Beim Krenenarzt. Von Erich Schilling. — Riese und Jerg. Von G. S. Jentsch.  
Legt: Güter Kat für Pastor Engel. Von G. S. J. — Ostermorgen für Weismann-Johann. — Trapanist und Wafschelst. Von H. — Das Viehrecht-Verfahren. Von P. E. — Lieber Jacob! Von Josthilf Kante. — Der Nationalist an den Kuffeniten. Von Johannes. — Der Juchendhand. Von G. S. — Stehener Partei. — Ein moderner Heiliger. Von Johannes. — Wanderer. Von P. E. — Ein schlechtes Zeichen. Von L. — Roberte Selben. Von L. — Nachher Denkmal. Von L. — April. Von P. E. — Das Wunder. — Rechenverbreitung. Von H. — Der Gottesreiter von Krenenarzt. — v. Delon-Plettenburg an v. Arnim-Schneider. — Soldat. Von G. S. — H. v. H.  
Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pfennig. Probennummern sind jederzeit durch den Verlag S. S. Diebstahl. S. n. d. S. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Subskriptoren zu beziehen.

**Die Bohnderbewegung der Bäckergehilfen.** Die Verhandlungen über die Festlegung eines einheitlichen Lohns im Bäckergewerbe vor dem Gewerbegericht als Einigungsamt sind heute Vormittag endgültig gescheitert. Die Bäckereinnung hat den Höhepunkt in sozialer Rücksicht durch diese Verhandlung erreicht. Sie und der Gesellenausschuß haben es glatt abgelehnt, mit der Lohnkommission zu verhandeln. Es besteht bereits ein Tarif; ein neuer Tarif sei daher vollständig überflüssig. Alle Einwendungen des Verbandsleiters Winger, daß dieser Tarif unmöglich für die Allgemeinheit bindend sein könne, waren vergeblich. — Herr Pruffog besand auf seinem Scheitern. Ueber die Verhandlung bringen wir morgen noch Näheres.

**An die organisierte Arbeiterschaft richten die Freiseuergehilfen folgende Bitte:** Nicht das Paarzehnten an den Wochenenden vor dem Feste ein, nicht an den Feiertagen. Denn bei dem starken Geschäftandrang ist eine saubere Arbeit dann unmöglich. Meide ferner am zweiten Feiertage die Rasterstuben und helfe so der Förderung der organisierten Freiseuergehilfen, den Schluß der Geschäfte an diesem Tage überhaupt herbeizuführen mehr Nachdruck verleihen.

**Zentralverband der Freiseuergehilfen, Zweigv. Breslau.**

**Verband der Bäcker.** In der Mitglieder-Verammlung am Sonntag wurde die Abrechnung über das erste Vierteljahr 1911 gegeben. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme von 937,40 Mk., eine Ausgabe von 64,74 Mk., mithin eine Mehreinnahme von 296,66 Mk. Für Arbeitslose wurden ausgegeben 190 Mk., für Kranke 999 Mk. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 136,76 Mk., eine Ausgabe von 156,89 Mk. Der Kassenbestand der Lokalkasse beträgt mit Bestand 351,04 Mk. Das Vorgehen des Vorstandes in der letzten Versammlung wurde der Versammlung vorgelegt. Der Bericht in der Versammlung wurde einstimmig genehmigt. Es wurde ein Tarif abgeschlossen, der die Arbeitsbedingung auf ein Jahr regelt. Ueber die Einwendungen, die sich gegen die Fassung des Tarifes geltend machten, konnte zur Tagesordnung übergegangen werden. Zur Gauskonferenz, die Ostern in Leipzig abgehalten wird, wurden verschiedene Wünsche dem Delegierten Verlaß mit auf den Weg gegeben.

**Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands.** Mittwoch, den 12. April, Abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17, 1. Stock, Zimmer 8/4: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Abrechnung und Bericht vom 1. Vierteljahr 1911. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten und Beschlüsse. Beginn der Versammlung Punkt 9 Uhr! Wegen Revision der Bibliothek sind sämtliche Bücher sofort abzuliefern! Der Vorstand.

**Der Botenposthof,** das alte Spannungsbauwerk zwischen Karlsstraße und Wallstraße, hat auch der Baufälligkeit Platz machen müssen. Wo früher kleine alte Häuser standen, ragen jetzt mächtige Geschäftshäuser empor, die das Stadtbild in dieser Gegend völlig verändert haben.

**Im hiesigen Arbeitsnachweis** haben sich im Laufe des Monats März 968 männliche Arbeitskräfte gemeldet, während nur 835 offene Stellen überhaupt vorhanden waren. 717 Arbeitskräfte, zumeist Arbeiter, dann Burschen, Haushälter, Kutscher und 4 Handwerker wurden untergebracht. An weiblichen Arbeitskräften boten sich 387 an; sie wurden in den 1113 überhaupt vorhandenen offenen Stellen 871 Mal untergebracht und zwar 731 Mal Arbeiter, 113 Mal Haushälterinnen und 119 Mal Bedienungsfrauen. Ferner fanden Beschäftigung: 16 Dienst- und Kinderermädchen, 4 Näherinnen und 1 Plätterin.

**Breslauer Schauspielhaus.** Heute Dienstag und morgen Mittwoch wird die neue Operette „Majestät Mim!“ von Granichsbaeren wiederholt. Die Musik erklang, wie bei der Premiere, auch bei der ersten Wiederholung einen vollen durchschlagenden Erfolg — fast alle Besessenen wurden da capo begehrt. Mittwoch Nachmittag findet bei besonders kleinen Preisen nochmals eine Kinderoper „Förster-Christel“ statt. Donnerstag Abend werden „Die Glocken von Cornoville“ als vollständige Vorstellung bei ermäßigten Preisen gegeben. Billets für diese Vorstellung sind bereits heute ohne Vorbestellgebühr zu haben. Am Karfreitag, Abends 7 1/2 Uhr, findet ein Vortragsabend von Richard Gortler statt. Herr Gortler wird die Dichtung von Wagner's Bühnenweihfestspiel „Parsifal“ vortragen und die Musik am Klavier erläutern.

Für den Vortragsabend sind — wie aus dem Inserat ersichtlich ist — die Preise besonders niedrig gestellt.

**Diebischs Stabliement.** Der unkomische burleske Schwank „Hupf mein Mädel“, mit welchem Hartstein allabendlich wahre Lachsalven auslöst, wird nur noch bis inklusive Sonntag, den 16. April, gegeben; vom 17. April ab wird dann Hartstein mit einem neuen Schlager aufwarten.

**Kaufm.** Am 9. April, Nachmittags, ist die auf einem Gute in der Umgegend von Breslau beschäftigte gewesene polnische Arbeiterin Anna Feist in das Allerheiligen-Hospital gekommen, um hier Heilung zu suchen. Sie ist dort am 10. April an Herzschwäche verstorben. Es wird nun behauptet, daß Anna Feist sei von dem Sohne des Besitzers, bei dem sie in Arbeit stand, geschlagen worden und dadurch erkrankt. Personen, die darüber irgendwelche Angaben machen können, mögen sich im Zimmer 31 32 des Polizeipräsidiums melden.

**Ein Dachstuhlbrand** beschäftigte die Feuerwehr in der vergangenen Nacht über 2 1/2 Stunden lang. Das Grundstück Michaelsstraße Nr. 64 besitzt neben dem Vorderhaus ein Hofgebäude, in dem sich eine Schlosserwerkstatt, eine Tischlerwerkstatt und Wohnungen kleiner Leute befinden. Eine dieser Wohnungen liegt im Dachstuhl des einstöckigen Gebäudes und neben dieser Wohnung war der ganze große Bodenraum mit Heu gefüllt. Hier ist offenbar schon vor Mitternacht, und wie man vermutet, böswilligerweise Feuer angelegt worden. Als die etwas spät herbeigerufenen Feuerwehrrückzüge, fand sie den ganzen Dachstuhl in Flammen. Schon vor ihrem Eintreffen hatten die in der Dachwohnung befindliche Familie von der darunterliegenden Schlosserwerkstatt aus durch Klopfen gegen die Decke geweckt. Die Familie konnte sich noch rechtzeitig retten; die Wohnung aber war bereits durch mit Rauch gefüllt und die Tür vom Bodenraum her fast durchgebrannt. Löschern und Ausräumen des schwelenden Heues dauerte lange Zeit. Der ganze Dachstuhl ist ein Haub der Flammen geworden.

### Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

#### Des Räubers und Mörders Kowoll Ende.

Der Mörder Kowoll, der durch seine unerbittlichen Mordtaten unsere Umgegend in ständiger Aufregung hielt, ist endlich, nachdem er noch ein weiteres Menschenleben in der Nacht zum letzten Sonntag vernichtet, von den ihn verfolgenden Beamten erschossen worden. Wir haben gestern bereits kurz über die Vorgänge berichtet, die sich, nach der „Kattowitzer Ztg.“ wie folgt abspielten:

In Laurahütte war es bekannt geworden, daß der Mörder Kowoll sich zeitweise bei seiner in der Gogolow-Lokale wohnenden Mutter, sowie bei seiner Braut dort aufhielt. Die Polizei ordnete demzufolge eine Durchsuchung der beiden Wohnungen an, die indessen ergebnislos verlief. Am Sonntag Abend kehrte sich die Gendarmen Priol, Sauer und Rebröcker in der Nähe der Wohnungen der Mutter und Braut als Pöken auf, um Kowoll festzunehmen. Gegen 11 1/2 Uhr Nacht wurden sich Kowoll und Walerus den Wohnungen.

Als sich die Mörder beobachtet und verfolgt sahen, machte Kowoll in ein Haus, in dessen Flur der Gendarm Priol sich der ihm zur Abwehr die Hand entgegenstreckte, aus seiner Browningspistole. Das Geschöß durchbohrte die Hand und das Herz des Beamten, der sofort tot nieder sank. Kowoll und Walerus, denen sich nach vier andere Komplizen beigesellt hatten, lösten nach dem freien Felde in der Richtung des Hinzuschusses, verfolgt von den beiden anderen Gendarmen, die mehrere Schüsse auf die Flüchtigen abgaben. Im Dunkel der Nacht schossen die Beamten indessen fehl. Die beiden Verbrecher nahmen auf Umwegen die Richtung nach Koberberg und erschienen dort am Sonntag Morgen in einem Gasthause. Hier prahlten sie mit der berühmten „Reidentart“. Inzwischen war aber die Polizei benachrichtigt worden, und 6 Polizeiergeanten rückten an, um die Verbrecher ein erbitterter Kampf, in dessen Verlaufe auf beiden Seiten zahlreiche Schüsse abgegeben wurden. Der Kampf endete damit, daß Kowoll getötet und Walerus ten wurden 4 ebenfalls durch Schüsse verletzt. Indessen sind die Verletzungen nicht lebensgefährlich. Auf der Flucht in Laurahütte hatten die Mörder eine Browningspistole verloren.

Von anderer Seite wird uns hierzu berichtet: Kowoll war bekanntlich vor etwa acht Wochen bei Rumburg auf dem Transport nach dem Zuchthaus in Rattbor zugleich mit seinem Freunde Walerus aus dem Zuge entsprungen. Er erschloß zunächst in Bismarckhütte den Gemeindevorsteher Stachowski, der ihn bei einem Einbruch überrascht hatte; sein nächstes Opfer war der Polizeibeamte Gellen in Laurahütte, in der Nacht zum vergangenen Sonntag. Erst hat er in Josesdorf den 22-jährigen Sohn des Kaufmanns Kopek, als er beim Einbruch überrascht sah, durch einen Schuß in die Brust zu Boden gestreckt, und in der darauffolgenden Nacht, in der Nacht zum Sonntag, hat er eine weitere schwere Missetat auf sich geladen, indem er den sich ihm entgegenstellenden Wachmeister Priol erschoss. Der Ermordete ist 53 Jahre alt und hinterläßt 9 zum Teil unverheiratete Kinder.

Am Sonntag Morgen tauchte Kowoll mit seinem Freunde Walerus gegen 6 1/2 Uhr in Koberberg auf und fragte beim Gauer Spinzahl in der Sedanstraße 4 an, ob er bei ihm ausruhen könnte. Der Gauer hat den Kowoll im vergangenen Jahre bei einer Festlichkeit kennen gelernt. Der Mörder machte die beiden redlich und sie teilten mit, daß sie in vergangener Nacht in Laurahütte einen Gendarm erschossen hätten. Sie erlaubten sich gleichzeitig nach der Wohnung des früher in Laurahütte bediensteten Gendarmen-Wachmeisters Becker, der jetzt in Koberberg stationiert ist; die beiden Verbrecher erklärten, daß auch Becker „heute noch dran kommen müßte“. Hauptdruckschloß erschossen, und Kowoll hatte geschworen, den Tod seines Freundes zu rächen. Schließlich begaben sich beide ermüdet zu Bett. Spinzahl erlitt daraufhin zur Polizei, die um 11 1/2 Uhr die Meldung entgegennahm.

Auf Anordnung des Amtsvorsetzers wurden sämtliche erreichbaren Beamten alarmiert und mit diesen begab er sich nach der Sedanstraße. Das Haus Nr. 4 wurde von dem Polizeiwachmeister Fischer und 6 Beamten gesichert. Als die Beamten in die Stube traten, eröffneten Kowoll und Walerus sofort ein heftiges Feuer, wobei der Kriminalbeamte Koberer durch einen Schuß in den linken Finger der linken Hand verwundet wurde. Die Beamten machten nunmehr von ihrem Revolvergebrauch, mußten sich aber auf den Hausflur zurückziehen, von wo aus sie minutenlang an ununterbrochen durch die Glasscheiben der Stubentür auf die in ihrer Betten liegenden Verbrecher feuerten. Kowoll, der in dem vorderen Bett lag, bielte seinem Freunde zugleich als Knallfang. Es entspann sich ein furchtbarer Kampf, bei dem in kürzester Zeit gegen 50 Schüsse gewechselt wurden. Es gelang schließlich, nach heftiger Gegenwehr Kowoll, der insgesamt 12 Schüsse im Körper hatte, kampfunfähig zu machen. Im letzten Stadium des Kampfes wurden die Verbrecher die nur auf das notdürftigste beiseite waren, in den Flur hinausgedrängt, wo Kowoll nach wenigen Minuten verstarb. Obgleich die Missetat der Komplize Walerus davon gekommen, der aber Montag Vormittag auch seinen zahlreichen Schußwunden erliegen ist.

Von den Polizeibeamten sind die Polizeiergeanten Koberner, Kozioł, Brzezina und Fromberg angefallen worden, die ersten beiden haben sehr schwere Verletzungen erhalten. Diejenige Wohnung ist arg verwüstet, auf der Diele befinden sich große Müllhaufen. Die beiden Verbrecher waren im Besitz von drei Brownings, in ihren Taschen befanden sich noch über hundert Patronen — Kaliber 12 Millimeter.

Eine Gerichtskommission aus Deuthen nahm im Krankenhaus Walerus in ein Verhör. Ihr folgte eine zweite Gerichtskommission aus Kattowitz mit einem Deuthener Staatsanwalt, die den Tatbestand des Mordes an dem Wachmeister Priol aufgenommen hatte, als dem hiesigen Amtsvorstand von Amtsvorsteher Dr. Alder die Mitteilung gemacht wurde, daß Kowoll unschuldig gemacht sei. Walerus hat seine Täterschaft an den früheren Worten zugestanden. Im Laufe des Sonntags kamen zahlreiche Kriminalbeamte aus dem oberschlesischen Industriebezirk nach Koberberg, die mit Ermittlungen in den von Kowoll und seinen Komplizen begangenen Verbrechen betraut worden waren.

Zu dem Einbruchsdiebstahl bei dem Kaufmann Theodor Kopek in Josesdorf, der in der Nacht zum Freitag verübt worden ist, ist noch ergänzend folgendes nachzutragen. Der von Kowoll schwer verletzte Schlosser Kopek ist am Sonntag früh seinen Verletzungen erlegen. Bei der am Sonntag vorgenommenen Obduktion der Leiche wurde das Geschöß, eine 9 Millimeter Mantel-Brown-Patrone, im Unterleib vorgefunden. Das Geschöß hatte den Darmkanal zweimal durchbohrt. Im Laufe des gestrigen Sonntages traf der Untersuchungsrichter aus Deuthen ein, um den Tatbestand an Ort und Stelle aufzunehmen und Zeugen in dieser Sache zu vernehmen.

Im Anschluß an die furchtlichen Verbrechen ist von verschiedenen kabbischen Behörden Obereschlesiens der Antrag erneut an das Ministerium des Innern ergangen, in dem dieses ersucht wird, sofort die Einführung der Röntgen-Polizei in Oberschlesien herbeizuführen, da es nur dem Fehlen derselben zugeschrieben wird, daß so erschrecklich blutige Verbrechen begangen und die Verbrecher wochenlang ungehindert ihr Handwerk treiben konnten, ohne erwischt zu werden.

Die Einführung der Röntgen-Polizei wird diesen Zuständen auch sehr Ende bereiten können. Die Ursachen liegen tiefer und sind in den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen begründet.

### Neueste Nachrichten.

#### Das Berliner Wahlergebnis.

Berlin, 11. April. Bei der Wahl der Berliner vier-ten Reichstagswahlkreises war die Wahlbeteiligung eine ziemlich schwache. Abgegeben wurden 73 307 Stimmen, davon entfielen auf Büchner 60 977 Stimmen, auf den Zentrumskandidaten Grafen Oppersdorf 1287, auf den Sozialdemokraten der Polen, Kowicki, 718 Stimmen. 890 Stimmen waren verplüßert.

Die polnischen Stimmen hat das offizielle Depeschembureau anfangs unterschlagen.

### Soldatenelbstmord.

Berlin, 11. April. Der Grenadier Januszek von der vierten Kompanie des Infanterie-Regiments „Königin Augusta“, der sich heute genau vor sechs Wochen selbst von seinem Truppenkanal bei Tempelhof gelund. Januszek hat zweifellos sein Leben ein freiwilliges Ende gemacht.

### Ordens- und Diplomschwindel.

Hamburg, 10. April. Einen Ordens- und Diplomschwindel verübte schon seit längerer Zeit ein Schwindlergesellschaft in zahlreichen deutschen Städten durch Agenten. Viele Geschäfte- und Privatleute wurden um große Summen betrogen. Der Sitz der Bande ist Paris. Dort wurden auch die nötigen Dokumente aufgefertigt. Das Haupt der Gesellschaft ist der Kaufmann v. Langen, der einer angesehenen Altonaer Familie entstammt. Er wurde gestern in Hamburg verhaftet. Zwei weitere Mitglieder der Gesellschaft wurden in Frankreich verhaftet. Wie festgestellt wurde, handelt es sich um Betrügler mit ausländischen Orden und Ausstellungs-Diplomen. Namentlich sind viele Berliner gefädelt. Die Betrüger haben sich Beträge zwischen 40—60 000 Mk. zahlen lassen; in einem Falle wurden sogar 100 000 Mk. erzielt. Mitleid wird niemand mit den Fälschern haben, die Zehntausende und Hunderttausende bezahlen, um einen Orden oder Titel zu erschleichen. Wir wenigstens können ihnen den Reinsauf von Herzen.

### Amnestie.

Stuttgart, 11. April. Aus Anlaß der silbernen Hochzeit des Württembergischen Königspaares hat der König Gnadigungen in größerem Umfang verfügt. Unter denselben, welchen die Strafen ganz erlassen worden sind, befindet sich auch ein wegen Verleumdung des Grafen Zeppelin und begangener Mordtat an dem Grafen Zeppelin zu mehrmonatlicher Gefängnisstrafe verurteilter, bereits 63 Jahre alter Mechaniker, für den der Graf Zeppelin selbst ein Gnadengesuch eingereicht hatte.

### Schwarze Pöken.

Hannau, 11. April. Grobes Aufsehen und nicht geringe Bestürzung erregt ein gestern hier festgestellter Erkrankungsfall an den schwarzen Pöken. Unter den neu hinzugezogenen Landarbeitern auf dem Domänen Kränauer Hof im Kreise Hannau wurde ein Erankungsfall an den schwarzen Pöken festgestellt. Es ist ein polnischer Arbeiter, wie sie jetzt hier und in der gesamten Umgebung in größeren Massen und neu engagiert werden. Die nötigen Vorkehrungsmaßnahmen wurden sofort behördlicherseits getroffen. Grund zu Besorgnissen liegt nicht vor.

### Genossen Jaures Seerespläne.

Paris, 11. April. Als Antwort auf eine Aufforderung, welche Clemenceau seinerzeit an den Genossen Jaures stellte, wird letzterer nunmehr einen Gesetzentwurf über die Bildung einer Armee nach seinen Begriffen in der Kammer einbringen. Jaures beantragt darin den sechsmonatlichen aktiven Dienst im Heere; dafür sollen die älteren Schüler bereits in der Schule eine mehr militärische Ausbildung erhalten. Nach Ableistung der aktiven Dienstzeit sollen die Entlassenen in Instruktionsperioden zu Reserveoffizieren (?) herangebildet werden.

### Revolutionäre Studenten.

Wien, 11. April. In Stanislaw wurden auf Grund anommer Anzeigen in den Wohnungen ukrainischer Studenten plötzlich eine große Reihe von Hausdurchsuchungen vorgenommen, wobei das Bestehen einer geheimen revolutionären Organisation entdeckt wurde. Man erfuhr ferner, daß diese revolutionäre Gesinnung bereits große Verbreitung in den Kreisen der besseren erwachsenen Jugend gefunden hatte (Schrecklich!) und namentlich seinen Ursprung in den Kreisen der ukrainischen Gymnasialjugend von Stanislaw hatte. Die Schulbehörden, die hiervon keine Ahnung gehabt hatten und denen die Entdeckung völlig überraschend kam (wohl zu schlafen!) sind entschlossen, alle Teilnehmer zu verlegen. Ferner wurden eine große Anzahl Manifeste aufreizenden Inhalts beschlagnahmt, welche zur Verbreitung unter den russischen Soldaten bestimmt waren.

### Erdbeben!

Rom, 11. April. In Rom wurde gestern ein leichtes Erdbeben verspürt. Nach den Angaben des Observatoriums hatte dieses Erdbeben seinen Ausgangspunkt im Albaner-Gebirge und erstreckte sich in das mittlere Umbrien nach Norden und bis in das mittlere Kampanien nach Süden. In Rom wurde es nicht allgemein wahrgenommen, Unruhe und Besorgnis hat es hier wenig hervorgerufen. Eine halb vorübergehende Unruhe erregte es allerdings bei den Bewohnern der betroffenen Gebiete und in den Gefängnissen.

Korfu, 11. April. Bei dem Torje Garika, unfern der Stadt Korfu, sind die Reste eines Tempels vom Anfang des letzten Jahrhunderts vor Christi Geburtutage gefördert worden, die sich sehr gut erhalten haben. Namentlich die sehr gut erhaltenen Skulpturen besitzen einen hohen Wert. Sie stellen Kampfesszenen der Götter gegen die Giganten dar. Namentlich gut erhalten sind die Skulpturen des Siebelfelbes. Diese Funde erhalten ihren unberechenbar hohen Wert dadurch und sind deshalb von ganz besonderer Bedeutung, daß die Baustätten einer Zeit angehören, aus der die ältesten bisher aufgefundenen griechischen Steintempel stammen.

### Waffenstands-Nachrichten der Oder.

Waffen in Besitz der Bevölkerung	Patronen	Gr.	trapp.	Reife	Reife. Abg.	Grig.	Prüfung	Prüfung	Prüfung	Prüfung	Prüfung					
11. 4. 1.881	1.112.920	10.103.842	1.114.881	3.012.071	865.121	—	0.241	90.267	10. 4. 1.2081	1.213.520	20.384.124	4.415.043	3.322.432	2.295.181	0.142	88.316
Prüfung	1.891.982	12.120.421	2.462.074	5.712.381	1.681.561	0.014	1.881.73		*) Zusatzprüfung: 1. Kattowitz 3,50; für Kreis (Oder) 0,10; Niebarrung 2,25							

### Versammlungen und Vereine.

- Gewerkschaftshaus.** Dienstag, den 11. April: Versammlung Zimmer 1.
- Metalarbeiter-Verband.** General-Versammlung. Mittwoch, den 12. April: Arbeiter-Radsport. Zimmer 1.
- Baker-Verband.** Zimmer 2.
- Handlungsgehilfen.** Versammlung Zimmer 3.
- Krautwaffe-Gründverein.** General-Versammlung Zimmer 4.
- Donnerstag, den 13. April:** Tapezierer-Verband. Die Versammlung fällt aus.
- Bilderverein des Sozialdemokratischen Vereins.** Büchereisgabe von 6 1/2—9 Uhr im Zimmer 7.
- Freitag, den 14. April (Karfreitag):** Schlesischer Parteitag. Volks-Versammlung Abends 8 Uhr. Arbeiter-Verammlung. Mittags 10 Uhr Zimmer 3.

### Aus der Geschäftswelt.

In unserer heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt „Tafelberg“ bei, worauf wir unsere Leser besonders hinweisen.

**Adolf Schröter**, Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.

**Erst erscheint 3 mal wöchentlich.**

# Bezugsquellen-Verzeichnis.

**Den Lesern bei Einkauf empfohlen.**

**Abzählungsgeschäfte**  
Wibel, A. Waren-Verkaufsgeschäft gegen bar und auf Zahlungsabzug.  
**Adolf Schröter**, Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.

**Alkoholfreie Getränke**  
= **Bils-Sinalco** =  
Brauerei, Ringstr. 2, 1. Etage.

**Bäckereien und Konditoreien**  
Bier, Karl, Schreibe 52.  
**Beraer, Friedr.**, Ringstr. 58.  
Bier, Karl, Schreibe 52.

**Färberei u. Wäscherei**  
Kelling, W., Ringstr. 58.  
Korn, W. & Co., Ringstr. 58.  
Hilde, M., Ringstr. 58.

**Fische u. Delikatessen**  
Haber, W., Ringstr. 58.  
Haber, W., Ringstr. 58.

**Fleischereien u. Wurstfabriken**  
Bier, Karl, Schreibe 52.  
Bier, Karl, Schreibe 52.

**Bedenstalten**  
Bier, Karl, Schreibe 52.  
Bier, Karl, Schreibe 52.

**Bandagisten**  
Fritz, W., Ringstr. 58.  
Fritz, W., Ringstr. 58.

**Berufskleidung**  
Bier, Karl, Schreibe 52.  
Bier, Karl, Schreibe 52.

**Bier-Brauereien, Bier-Verleger**  
Bier, Karl, Schreibe 52.  
Bier, Karl, Schreibe 52.

**Brauerei-Konzepte**  
Bier, Karl, Schreibe 52.  
Bier, Karl, Schreibe 52.

**Brot- u. Gebäck-Verkäufe**  
Bier, Karl, Schreibe 52.  
Bier, Karl, Schreibe 52.

**Broschüren-Verkäufe**  
Bier, Karl, Schreibe 52.  
Bier, Karl, Schreibe 52.

**Damen-Konfektion**  
Bier, Karl, Schreibe 52.  
Bier, Karl, Schreibe 52.

**Drogen- u. Farben**  
Bier, Karl, Schreibe 52.  
Bier, Karl, Schreibe 52.

**Damen-Konfektion**  
Bier, Karl, Schreibe 52.  
Bier, Karl, Schreibe 52.

**Fahrräder, Nähmaschinen**  
Bier, Karl, Schreibe 52.  
Bier, Karl, Schreibe 52.

**Färberei u. Wäscherei**  
Kelling, W., Ringstr. 58.  
Korn, W. & Co., Ringstr. 58.

**Fische u. Delikatessen**  
Haber, W., Ringstr. 58.  
Haber, W., Ringstr. 58.

**Fleischereien u. Wurstfabriken**  
Bier, Karl, Schreibe 52.  
Bier, Karl, Schreibe 52.

**Bedenstalten**  
Bier, Karl, Schreibe 52.  
Bier, Karl, Schreibe 52.

**Bandagisten**  
Fritz, W., Ringstr. 58.  
Fritz, W., Ringstr. 58.

**Berufskleidung**  
Bier, Karl, Schreibe 52.  
Bier, Karl, Schreibe 52.

**Bier-Brauereien, Bier-Verleger**  
Bier, Karl, Schreibe 52.  
Bier, Karl, Schreibe 52.

**Brauerei-Konzepte**  
Bier, Karl, Schreibe 52.  
Bier, Karl, Schreibe 52.

**Brot- u. Gebäck-Verkäufe**  
Bier, Karl, Schreibe 52.  
Bier, Karl, Schreibe 52.

**Broschüren-Verkäufe**  
Bier, Karl, Schreibe 52.  
Bier, Karl, Schreibe 52.

**Damen-Konfektion**  
Bier, Karl, Schreibe 52.  
Bier, Karl, Schreibe 52.

**Drogen- u. Farben**  
Bier, Karl, Schreibe 52.  
Bier, Karl, Schreibe 52.

**Damen-Konfektion**  
Bier, Karl, Schreibe 52.  
Bier, Karl, Schreibe 52.

**Drogen- u. Farben**  
Bier, Karl, Schreibe 52.  
Bier, Karl, Schreibe 52.

**Damen-Konfektion**  
Bier, Karl, Schreibe 52.  
Bier, Karl, Schreibe 52.

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**

**Barth, H., Buchhändler, Ringstr. 2, 1. Etage.**



## Die Städtische Mutterschafts-Kasse in Sebnitz i. S.

Im November 1910 ist in dem industriereichen Sebnitz in Sachsen eine Städtische Mutterschafts-Kasse begründet worden. Mitglieder der Kasse können alle in Sebnitz wohnenden weiblichen Personen werden, ohne Rücksicht auf Beruf, Alter, Religion und politische Partei, deren Einkommen oder das des Ehemannes in dem der Anmeldung vorangegangenen Jahre den Betrag von 1900 Mark nicht übersteigt, jedoch kann die Mitgliedschaft bis zu einer Höchstgrenze des Einkommens von 2500 Mark fortbestehen.

Der Mitgliedsbeitrag ist auf monatlich 50 Pfg. festgesetzt; die Anmeldung zur Mitgliedschaft ist gebührenfrei. Die Beiträge werden von den in Sebnitz wohnenden Mitgliedern durch die Orts- und Betriebskrankenkasse oder von Ratsstelle aus erhoben. Mitglieder, die von Sebnitz fortziehen, dürfen noch bis zur nächsten Finanzspruchnahme der Kasse weiter angehören und müssen ihre Beiträge am Ersten eines jeden Monats kostenfrei einrichten. Bezahlt ein Mitglied, trotz Aufforderung, zwei Monate hintereinander keine Beiträge, so erlischt seine Mitgliedschaft.

Im Entbindungsfalle vergütet die Kasse ihren Mitgliedern außer den eingezahlten Monatsbeiträgen, Spargeldern, einen Zuschuß, das Wöchnerinnen-Geld, dessen Höhe sich nach der Zeit der Mitgliedschaft richtet. Dieser Zuschuß beträgt nach einem Jahre 14 Mark, nach zwei Jahren 18 Mark und nach drei Jahren 22 Mark, sodas sich bei einem Monatsbeitrag von 50 Pfg. die Gesamtheit der Beiträge, die zur Auszahlung gelangen, auf 20 Mark, 30 Mark und 40 Mark belaufen. Die Auszahlung geschieht nicht auf einmal; die Spargelder werden sofort nach der Anzeige der Entbindung ausgezahlt, bei der eine durch den Arzt oder die Hebamme oder die Behörde ausgestellte Geburtsbescheinigung vorgelegt werden muß. Das Wöchnerinnen-Geld wird vierzehn Tage später gezahlt. Wird eine Aufnahme in einer Entbindungsanstalt oder ein Krankenhaus erforderlich, so kann der Betrag auf einmal ausgezahlt werden; in Nothfällen erfolgt Teilzahlung auch schon in der letzten Woche vor der Entbindung.

Die Kasse sieht eine Mitgliedschaft von einem Jahre vor, ehe ein Mitglied Anspruch auf ihre Hilfe hat. Stirbt eine Mutter im Wochenbette, so fällt der volle Unterstützungsbetrag dem Kinde zu; sterben Mutter und Kind, so erhält der Vater des Neugeborenen, falls das Kind in der Ehe geboren oder bereits vom Vater standesamtlich anerkannt ist, die Gelder. Im Falle einer Totgeburt, oder wenn das Kind eine Woche nach der Geburt stirbt, fällt das Wöchnerinnen-Geld fort, sodas die Mutter nur das Spargeld erhält. Nach einer Entbindung gilt die Mitgliedschaft als unterbrochen, das heißt sie beginnt mit dem Monat nach der Auszahlung der Wöchnerinnen-Gelder von neuem, sodas eine Mutter, die nach Jahresfrist oder schon eher wieder einem Kinde das Leben schenkt, nur den Unterstützungsbetrag erhält, der für eine einjährige Mitgliedschaft vorgesehen ist; die einjährige Wartezeit bis zur Unterstützungsfähigkeit fällt in einem solchen Falle fort.

Um das Verständnis für die gesundheitliche Bedeutung des Stillens zu fördern und das Stillgeschäft unbemittelten Müttern zu erleichtern und dadurch in weiterem Umfange wieder einzuführen, sehen die Statuten folgende Maßnahmen vor:

1. Durch Verteilung von Merkblättern an alle Erstentbundenen Aufklärung über den Wert des Stillens für Mutter und Kind zu verschaffen.

2. Auf Ansuchen stillenden Müttern außer täglich 1 Liter Vollmilch (Mischgutschein) eine Stillprämie von 1 Mark wöchentlich auf die Dauer von fünf Monaten zu gewähren, falls im letzten Jahre ihr eigenes oder Familien-Einkommen bis

800 Mk.	bei einem oder mehr schulpflichtigen Kindern
950 "	zwei " " "
1100 "	drei " " "
1250 "	vier " " "
1400 "	fünf " " "

trägt. Außerdem wird nach sechsmonatigem Stillen eine besondere Stillprämie von 8 Mark bewilligt.

Mischgutscheine und Stillprämien gelten nicht als Armenunterstützung.

Wöchnerinnen, die Stillprämien und Milchgewährung in Anspruch nehmen, haben das Stillen, wenn irgend möglich, 4-6 Monate fortzusetzen.

Dem Kinde in den ersten drei Monaten nebenher irgend welche andere Nahrung zu reichen, ist nur auf Anordnung eines Arztes statthaft.

Die Kontrolle über die stillenden Mütter wird den Hebammen übertragen, die für jede ihrer Wöchnerinnen, die nachweislich vier Wochen lang ununterbrochen ihr Kind gestillt hat, eine Prämie von 50 Pfg. erhalten.

Wöchnerinnen, die Prämien und Milch in Empfang nehmen, ohne inzwischen ihr Kind ununterbrochen selbst gestillt zu haben, ebenso Hebammen, die diese Tatsachen wissenschaftlich oder fahrlässig zu unecht bestätigen, haben strafrechtliche Verfolgung wegen Betruges zu gewärtigen.

Im Anfang eines jeden Jahres wird im Amtsblatt bekannt gegeben, wie viel Prozent der von jeder Hebamme Entbundenen ihre Kinder selbst gestillt haben.

Es kann nicht zweifelhaft sein, das die Hilfe einer solchen Mutterschafts-Kasse, wie es die Sebnitzer Kasse ist, unzureichend bleiben muß, und das nur eine Mutterschafts-Versicherung auf staatlicher Grundlage imstande sein wird, die Aufgaben sozialer Fürsorge zu lösen, die auf

dem Gebiete des Mutterschutzes gestellt werden. Trohdem nimmt das Vorgehen von Sebnitz die Aufmerksamkeit mit Recht in Anspruch, denn zum ersten Male hat eine Stadtverwaltung sich an das Problem der Mutterschafts-Versicherung gewagt und damit auch die soziale Notlage der Mutterschaft anerkannt.

Will man den Sebnitzer Bestrebungen gerecht werden, so muß man berücksichtigen, das es sich um einen ersten tastenden Versuch handelt. Der Mangel praktischer Erfahrung ver schuldet es wohl, das sich die Leistungen der Kasse in recht bescheidenen Grenzen halten. So ist es als ein Uebelstand zu betrachten, das die Mitgliedschaft auf alle jene beschränkt ist, deren Einkommen nicht höher als 1900 Mark bzw. 2500 Mark ist; diese Bestimmung schließt weite, hilfsbedürftige Kreise von vornherein aus. Auch ist es eine Härte, das eine Mitgliedschaft von einem Jahre vorangehen muß, ehe die Hilfe der Kasse in Anspruch genommen werden kann. Insbesondere sind dadurch diejenigen betroffen, welche das erste Mal unehelich Mutter werden, und gerade diese bedürfen des Schutzes und der Hilfe zu allererst. Die Kasse müßte die Bestimmung treffen, das solche uneheliche Mütter als außerordentliche Mitglieder nach Beginn der Schwangerschaft aufgenommen werden können, vielleicht unter mäßiger Erhöhung der Beiträge. Diese Einrichtung hat sich bei den mustergültigen privaten französischen Mutterschaftskassen „Mutualité maternelle“ vorzüglich bewährt.

Als eine dem Sinne der Kasse geradezu zuwiderlaufende Bestimmung muß es gelten, das bei einer Totgeburt, oder falls das Kind eine Woche nach der Geburt stirbt, das Wöchnerinnen-Geld nicht zur Auszahlung gelangt. In solchen Fällen ist Hilfe durchaus nötig; zu den jesslichen Kimmernissen treten Beerdigungskosten und eine Reihe sonstiger unvorhergesehener Ausgaben. Auch die Ausgaben für das Wochenbett bleiben dieselben, ob das Kind am Leben bleibt oder nicht. Richtig wäre es auch, das sich der Unterstützungsbeitrag nicht nach der Zahl der Mitgliedsjahre, sondern nach der Zahl der aufeinander folgenden Entbindungen richten würde, sodas eine Mutter bei einer zweiten, dritten oder vierten Entbindung einen höheren Zuschuß als bei der ersten Entbindung erhalten müßte, unter Berücksichtigung, das mit der Zahl der Familienmitglieder die Ausgaben wachsen.

Die soziale Fürsorge ist an dem Schutze der Quellen des Lebens bisher fast achlos vorübergegangen; hier eröffnet sich ein weites Gebiet neuer Tätigkeit. Schutz der Mutterschaft bedeutet Kinderschutz, ist gleichbedeutend mit Bekämpfung der Kindersterblichkeit, Erhöhung der Volkskraft und Volks-Gesundheit, der Sittlichkeit im weitesten Umfange. Freilich umfassende Hilfe kann nur die staatliche Mutterschafts-Versicherung bringen, deren Erämpfung die oberste Aufgabe aller Mutter- und Kinderschutzbestrebungen sein und bleiben muß.

S. M. S.

## Das badische Militärflugblatt.

Megen des Flugblattes „An die badischen Soldaten“, das um Weihnachten in Baden und in der Pfalz angeblich zur Verbreitung gelangt sein soll, hat die Redaktion unseres Mannheimer Parteiblattes Untersuchungen eingeleitet, deren Zweck es besonders auch war, Klarheit zu schaffen, was an der Unterstellung Wahres sei, die sozialdemokratische Partei sei in dieser oder jener Art an dem Unternehmen beteiligt.

Das Flugblättchen, ein mit etwa 20 Zeilen Text bedrucktes, einfaches Stückchen Zeitungspapier, trägt, abgesehen von der Aufforderung der badischen Soldaten zur Insubordination, an sich ohne allen Zweifel hochverräterischen Charakter im Sinne des Strafgesetzbuches: Es fordert das badische Militär zum Sturz des deutschen Kaiserthums und zur Proklamirung der Republik auf. Im einzelnen sind aber die zur Begründung dieses Vorgehens aufgestellten politischen Behauptungen mit Mithilfe der Mannheimer „Volkstimme“ derart irrtümliche, ihre Zusammenhänge so verworren und still, Grammatik, wie Orthographie solch stümperhafte, das für jeden Unbefangenen Urtheilen bei der Lectüre sofort feststeht, das der Verfasser des Machwerks entweder eine geistig nicht voll zurechnungsfähige Person sein muß, die sich der politischen und strafrechtlichen Tragweite ihres Handelns auch nicht entfernt bewußt war oder aber das eine der Konsequenzen eines solchen Unternehmens sich wohl bewußt interessierte Seite zu einem gewissen politischen Zweck eines halbberückten Individuums bediente, durch dessen verworrene Entwürfe sie die Spuren, die zum intellektuellen Urheber führen, leicht zu verbeden hoffte.

Ueber die angebliche Flugblattverbreitung zu Weihnachten hat unser Mannheimer Parteiorgan folgende Tatsachen festgelegt: In der Nacht vom 23. auf den 24. Dezember 1910 kam auf den bayerischen Gendarmenposten in Maximiliansau (Pfalz) ein Mann, der dort etwa 85 gleichlautende Flugblättchen mit der Behauptung überreichte, er habe sie kurz vorher von zwei Unbekannten mit dem Auftrage erhalten, sie an die zur Zeit im Weihnachtsurlaub befindlichen Soldaten der nächsten Garnisonen zu verteilen. Er sei anfänglich zur Verbreitung bereit gewesen; als er sich aber vom Inhalt der Flugblätter überzeugt habe, hätte er den beiden Unbekannten die Flugblätter entzogen, um sie der Behörde auszuliefern. Der Ueberbringer, der Erdarbeiter Ludwig Feil, der sich während der letzten Wochen vor diesem Vorkommnis arbeits- und mittellos in Karlsruhe umhergetrieben hatte, wurde in Haft genommen, aber nach zwei Monaten entlassen, weil man an die Wahrheit seiner Angaben glaubte.

Inzwischen hat die behördliche Untersuchung die Druckeret ermittelt, in der die Flugblätter hergestellt worden sind. Es ist die Genossenschaftsdruckeret in Basel, der das zweifelhafte Verdienst zukommt, das ebenso zweifelhafte Kampfbild hergestellt zu haben, und da inzwischen weiter festgestellt werden konnte, das sich Feil zu Anfang der zweiten Dezemberhälfte 1910 vorübergehend in Dörrach aufgehalten habe, das nur etwa 10 Kilometer von Basel entfernt ist, lag die Annahme nahe, das er den Druckauftrag der Flugblätter in Basel selbst gegeben hätte und das seine Darstellung von dem Ergebnis mit den zwei Unbekannten in der Pfalz eine freie Erfindung war. Diese Annahme ist auf Grund der Ermittlungen der Mannheimer „Volkstimme“ bestätigt worden.

In der badischen Genossenschaftsdruckeret werden auch der badische „Vorwärts“ und die „Dörracher Volkszeitung“ hergestellt, beides Parteiblätter. Nach einer Erklärung des Geschäftsführers der badischen Genossenschaftsdruckeret bekanden wegen des Druckes des Flugblattes keine ernstlichen Bedenken.

Die Genossenschaftsdruckeret nehme gemäß ihrer geschäftlichen Praxis von allen Seiten Druckaufträge entgegen, soweit sie nicht stitliche Bedenken erregen; so werde auch ab und zu ein Auftrag von politisch gegnerischen Organisationen mit politischem Inhalt ausgeführt. Im übrigen habe man den Eindruck gehabt, als sei der Auftraggeber ein geistig schwacher Mensch, der darauf brenne, von sich und seinen Ideen etwas Gedrucktes zu sehen. Schließlich wird festgestellt, das die Redaktionen des badischen „Vorwärts“ und der „Dörracher Volkszeitung“ auf des Geschäftsgedaten der Druckeret keinen Einfluß haben.

Als Druckauftraggeber ist nach vorgelegten Photographien Feil erkannt worden. Er zahlte mit einem 20 Markstück und gab außerdem einem der Arbeiter der Druckeret ein immerhin statistisches Trinkgeld, obgleich er seit Wochen arbeits- und mittellos war. Das Manuskript zu dem Flugblatte brachte er von außen her mit, und man wird den Verdacht zum mindesten für nicht ganz unbegründet halten, das er einen Hintermann hatte, von dem nicht nur das Geld für das Unternehmen, sondern dessen Idee herrührte.

Feil stammt aus einer streng katholischen Familie und sein Vater war von jeher Parteigänger des Zentrums, Feil litt früher an epileptischen Anfällen und ist bereits des öfteren — soweit bekannt, auch schon wegen schwerer Vergehen — vorbestraft. Mit Bestimmtheit ist festgestellt worden, das auch nicht ein einziges von den Flugblättern einem Soldaten oder auch nur Bibliisten übergeben wurde, sondern das sich alle Exemplare in den Händen der Behörde befinden. — Feil selbst ist nach seiner Haftentlassung wieder flüchtig geworden. Auf alle Fälle zeigen die Angaben, wie lächerlich es war, aus den Vorkommnissen in der Pfalz eine hochbedeutende Staatsaktion zu machen.

## Arbeiterbewegung.

### Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Korrespondenzblatt der Generalkommission veröffentlicht die provisorische Tagesordnung für den 8. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands. Der Kongreß beginnt Montag, den 28. Juni 1911 in Dresden im Saale des „Zivolt“.

Als Tagesordnung ist vorläufig vorgelesen:

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten. (Wahl der Kommissionen, Prüfung der Mandate.)
2. Rechenschaftsbericht der Generalkommission.
3. Beratung der Anträge, betreffend:
  - a) Allgemeine Agitation.
  - b) Agitation unter den fremdsprachigen Arbeitern.
  - c) Streitunterstützung und Streikstatistik.
  - d) Arbeiterinnen-Sekretariat.
  - e) Korrespondenzblatt.
  - f) Sozialpolitische Abteilung.
  - g) Zentral-Arbeitersekretariat.
  - h) Vereinbarungen mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine.
4. Das Koalitionsrecht in Deutschland und der Barentonung zu einem deutschen Strafgesetzbuch.
5. Deimarbeiterchutz und Hausarbeitsgesetz.
6. Arbeiterchutz und Arbeiterversicherung.
7. Arbeitsnachweis und Arbeitslosen-Unterstützung.
8. Die Stellung der Privatangestellten im Wirtschaftsleben.
9. Bildungsbestrebungen und Bibliothekswesen in den Gewerkschaften.
10. Beratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge.

Anträge zur Tagesordnung oder solche, welche auf die vorstehend genannten Tagesordnungspunkte Bezug haben, sind bis zum 15. Mai 1911 an die Generalkommission einzulenden. Sämtliche bis dahin eingegangenen Anträge werden im „Korrespondenzblatt“ veröffentlicht, damit sie in den Gewerkschaften diskutiert werden können.

Der Kongreß wird am 28. Juni 1911, Vormittags 9 Uhr, eröffnet und wird bis einschließlich 1. Juli tagen. — Die Vertretung auf den Gewerkschaftskongressen regelt sich nach dem von dem vierten Gewerkschaftskongress (Stuttgart 1909) beschlossenen Bestimmungen.

**Lohnzulagen für die städtischen Arbeiter in Mainz.** Seit vier Jahren petitionieren die städtischen Arbeiter in Mainz um Lohnregulierung. Von einem Jahr zum anderen wurden sie verdrängt. Blöthlich hatte es die Bürgermeisterei sehr eilig. Den Stadtverordneten ging kürzlich Mittags eine dringliche Vorlage zu, die die Finanzkommission ausgearbeitet hatte und die in der Stadtverordnetenversammlung schon nachmittags 5 Uhr durchberaten werden sollte. Diese Eile war verdrängend und die sozialdemokratische Fraktion beantragte deshalb Vertagung der Sache. Eine nähere Prüfung der Vorlage ergab dem auch ihre Unzulänglichkeit für die Arbeiter. Die in der Vorlage vorgesehene Erhöhung der Löhne betrug im Durchschnitt 10 Pfg. pro Tag und pro Arbeiter; diese Zulage sollte aber abhängig gemacht werden von „guter Leistung“ und „entsprechender Führung“, so das die Ressortchefs sie je nach Gusto verweigern konnten. Die ganze vorgesehene Erhöhung für etwa 750 ungelernete städtische Arbeiter beläuft sich auf 31 000 Mk. Als die Gehälter der etwa 800 Personen zählenden Beamten reguliert wurden, griff man etwas tiefer in den Säckel, damals erhöhte man um 320 000 Mk., wovon die fettesten Brocken an die Bürgermeisterei fielen. Nachdem nun in einer Versammlung städtischer Arbeiter eine Resolution angenommen worden war, die mit dem bürgermeisterlichen Vorhange scharf ins Gericht ging, sprach eine Deputation auf der Bürgermeisterei vor, die aber nur mit dem Obersekretär verhandeln konnte. Die Vorlage wurde trotz des Widerpruchs unserer Genossen von der Stadtverordnetenversammlung angenommen.

**Streit auf der Schiffbau-Werft in Danzig.** Die Firma Schiffbau, Schiffwerft in Danzig, hat Verhandlungen mit den Arbeitern abgelehnt und den Organisationsvertretern keine Antwort auf ihre Forderungen erteilt. Daher haben alle im Schiffbau beschäftigten Arbeiter mit 661 gegen drei Stimmen beschlossen, am Sonnabend in den Streik zu treten.

Die Joliterer der Firma Reinhold u. Co. in Leipzig stehen seit Wochen im Streik. Obgleich die Firma dem Arbeiterverband angehört, mit dem ein Tarifvertrag abgeschlossen ist, hält sie diesen Tarifvertrag nicht inne. Die Firma entließ die organisierten Joliterer und suchte durch Annoncen von auswärtigen Hilfskräften, die unter Tarif entlohnt wurden. Versuche der Organisationsleitung unter Leitung des Arbeiterverbandes, die Firma von ihrem tarifwidrigen Handeln abzurufen, waren erfolglos. Die Firma unterhält in vielen Großstädten des Reiches Filialen, aus denen sie vertrieht, Ersatzkräfte zu bekommen. So sandten denn auch die Hamburger und Magdeburger Vertreter der Firma Arbeitswillige ins Streikgebiet; auch aus Bayern sind Leute gekommen. Obgleich die Firma Arbeiterentlassungen hauptsächlich sie, nicht Konkurrenzfähigkeit zu sein, wenn sie den Tarif zahlen müßte. Die Arbeiterorganisation aber schuf am selben Ort mit kleineren Firmen ein Tarifverhältnis, ohne das diese an Konkurrenzfähigkeit eingebüßt hätten. Die Firma Reinhold u. Co. will eben auf Kosten der Arbeitelöhne Preisrückgewinnen. Die organisierten Arbeiter werden daher gebeten, die im Kampfe befindlichen Joliterer in Leipzig durch Unterstützung des Joliterer-Verbandes zu unterstützen und etwaige Mitteilungen an das Bureau des Bauarbeiter-Verbandes, Leipzig, Volkshaus, zu richten.

